

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Pettzeile ober deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsangelegenheiten und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Gegen den Lebensmittelwucher und die preussische Dreiklassenschmach!

Das skrupellose Agrariertum ist der Feind des deutschen Volkes! Nach den Wünschen der Agrarier ist die deutsche Wirtschaftspolitik orientiert, ihnen verdanken wir die hohen Schutzollmauern, mit denen sich das Deutsche Reich umgeben hat, und wenn Deutschland den traurigen Ruhm genießt, daß seine Bevölkerung für Brot und Fleisch die höchsten Preise in der Welt zahlen muß, dann dankt es diesen Vorzug seinen Agrariern. Die unerträgliche Steigerung der Teuerung hat die Regierung endlich veranlaßt, Maßnahmen zu ergreifen. Die Nebenart von dem vorübergehenden Zustand, der halb normalen Verhältnissen Platz machen würde, womit die Regierung seit Jahren die Klagen über die Teuerung der Lebensmittel abzuschwächen versuchte, verfährt nicht mehr. Die Fleischnot läßt sich nicht aus der Welt reden, sie ist da und sie macht sich so eindringlich bemerkbar, daß auch die Regierung sie nicht länger ignorieren konnte.

An den Beschlüssen, welche die Regierung in der Frage der Fleischnot gefaßt hat, ist das bedeutsamste die amtliche Anerkennung des bestehenden Notstandes. Die Mittel selbst, welche zur Anwendung kommen sollen, den Notstand zu beheben, sind für die Not. Das ist nicht nur die Ansicht aller Sachverständigen, auch eine so kompetente Stelle, wie der Vorstand des Deutschen Städtetages, der am 7. Oktober unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D., Oberbürgermeister Wermuth, in Köln tagte, hat das unverhohlen ausgesprochen. In dem angenommenen Beschluß wird unter anderem die durch die Regierungserklärung den Städten zugewiesene Aufgabe, die „Mängel der Wirtschaftspolitik durch kommunale Maßnahmen auszugleichen“, zurückgewiesen. Trotzdem wollen die Städte ihr möglichstes auf diesem Gebiete tun, aber „nach den bisher vorliegenden Erfahrungen und Informationen glaubt der Vorstand allerdings einen durchschlagenden Erfolg dieser Versuche bezweifeln zu müssen“. Diesem Beschluß trat der am folgenden Tag in Düsseldorf abgehaltene preussische Städtetag bei. Hier führte Oberbürgermeister Wermuth aus, daß die Beschlüsse des Bundesrats unzureichend seien; dazu komme noch, daß von den genehmigten Einfuhrerleichterungen nicht alle Städte Gebrauch machen dürfen und überhaupt wenig zur Abhilfe der Not geschehe. Auf dem gleichen Standpunkt wie die Vertreter der großen Städte, die auf dem Städtetag vertreten sind, steht auch der „Reichsverband deutscher Städte“, der die kleinen und mittleren Städte umfaßt. Diese Organisation hat beschlossen dem Reichskanzler eine Resolution zu überreichen, in welcher das Einverständnis des Reichsverbandes deutscher Städte mit den Beschlüssen des Vorstandes des Städtetages zum Ausdruck gebracht wird. Dann heißt es in der Entschlieung weiter: „Der Vorstand empfiehlt der Staatsregierung neben der vom Vorstand des Deutschen Städtetages vorgeschlagenen Aufhebung oder Milderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes und neben den von der preussischen Staatsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen: 1. Den Erlaß von Ausfuhrerboten für deutsches Schlachtvieh, insbesondere Hammel, 2. Errichtung von Schlachthäusern an der Grenze und Gleichstellung des dort geprüften ausländischen Fleisches mit dem Inlande, 3. Fortfall des Zolles für aus dem deutschen Kolonien eingeführtes Fleisch, 4. weitgehendste Eisenbahnfrachtermäßigungen.“

Das sind Kundgebungen, die nicht mit dem beliebten Schlagwort von den gewissenlosen Agitatoren und Hekern abgetan werden können; ob sie aber an den maßgebenden Stellen den erforderlichen Eindruck hervorzurufen werden, ist noch sehr fraglich. Die Agrarier sind bereits auf den Plan gerückt. Der Bund der Landwirte, die Interessensvertretung des Leberagrariertums, wendet seine bewährten Kampfmittel an: Die Herren schreien! Der Regierung wird der Kampf angesagt, ob ihrer Vernachlässigung der agrarischen Interessen. Das ist ein Vorwurf, der Herrn v. Bethmann Hollweg unbeschadet trifft; seine ärgsten Gegner müssen ihm zugestehen, daß er bei seinen sogenannten Teuerungsmassnahmen die weitgehendste Rücksicht auf den Profit der Agrarier genommen hat, so viel Rücksicht, daß es auch beabsichtigt war, den Teuerungsmassnahmen jeder durchgreifende Erfolg versagt bleiben muß. Die Landwirtschaftler wollen mit ihrem Geschrei auch offenbar nur verhindern, daß sich die Reichsregierung von dem Drängen der notleidenden Bevölkerung und ihrer Vertreter beeinflussen läßt und zu Maßnahmen die Hand

bietet, welche wirklich geeignet sind, der Not zu steuern. Herr v. Bethmann Hollweg hat zwar auf die Anrempelung durch den Bund der Landwirte in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine sehr unwillkürliche Antwort gegeben, aber man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, die Reichsregierung wird von unseren Junkern und Agrariern so fest an der Kandare gehalten, daß sie, sie mag wollen oder nicht, sich dem Diktat der Junker fügen muß.

Die Uebermacht des Agrariertums in Deutschland hat ihren Ursprung in der preussischen Dreiklassenschmach. Im preussischen Wahlrecht liegen die Wurzeln der Junkernmacht, hier muß die Art angelegt werden, wenn das deutsche Volk politische Rechte erringen und sich von dem Druck der Lebensmittelwucherer befreien will. Das elendeste aller Wahlsysteme hat einst Bismarck die Methode genannt, mittels welcher in Preußen die sogenannte Volksvertretung gewählt wird, die doch nur die Karikatur einer Volksvertretung ist. Die große Masse des Volkes ist in Preußen rechtlos, der Umfang des Wertsacks ist bestimmend für das Maß der politischen Rechte. Die Zahl derer, die an der Erhaltung der bestehenden korrupten Zustände in Preußen ein Interesse haben, ist verschwindend klein; die kleine, aber mächtige Partei der Junker hat jedoch das Heft in Händen. Sie besetzt alle einflussreichen Staatsstellen mit ihren Kreaturen und nützt ihre Machtmittel rücksichtslos im eigenen Interesse aus. Nicht nur das Volk in Preußen, ganz Deutschland muß tanzen, wie die rückständigen ostelbischen Junker pfeifen. Sie sind die Ruhnieder unserer Zoll- und Steuerpolitik; um dem nichtsnutzigen Junkerpad die unergündlichen Taschen zu füllen muß das deutsche Volk notleidern. Wenn wir die Mittel erwägen, die geeignet sind, der chronischen Hungersnot in Deutschland zu steuern, dann darf der Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen nicht an letzter Stelle genannt werden.

Am 22. Oktober tritt der preussische Landtag zu seiner letzten Session vor der Neuwahl zusammen und wenn keine außerordentlichen Umstände eintreten, wird die Neuwahl im nächsten Jahre wieder nach den Regeln der Dreiklassenwahl erfolgen. Die überwältigende Mehrheit des Volkes in Preußen ist von der Unhaltbarkeit des bestehenden Wahlrechts überzeugt, dieser Widerstand wird aber sorgfältig konterbiert, weil die Junker es wollen und sie bei den ihnen gefinnungsverwandten ultramontanen Volksbetrügnern verständnisvolle Unterstützung finden.

Vier Jahre ist es her, seitdem der König von Preußen am 20. Oktober 1908 in der Thronrede erklärte, daß es sein Wille sei, daß die Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren. „Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“, sagte der König von Preußen. Aber des Königs allergetreueste Junker piffen auf dieses Königswort, das ihnen nicht in den Kram paßte; bis heute ist das königliche Versprechen nicht eingelöst und auch die Regierung macht keine Anstalt, der Lösung der „wichtigsten Aufgabe der Gegenwart“ näherzutreten. Für die Haltung der Arbeiter gegenüber dem Wahlrecht in Preußen ist das Wort des Königs von untergeordneter Bedeutung. Die Arbeiterschaft richtet ihre Stellungnahme nicht nach den Worten hochstehender Personen, die Bedeutung der Sache ist allein maßgebend für sie. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen ist aber so überlebt, daß alle Mittel in Bewegung gesetzt werden müssen, es dorthin zu bringen, wohin es schon lange gehört hätte: In die Kumpfkammer für historische Kuriositäten.

Der Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht ist in erster Linie ein politischer Kampf, aber die Mitglieder der Gewerkschaften können hierbei nicht abseits stehen, handelt es sich doch dabei um ihre höchsten Interessen. Wir haben bereits angedeutet, welche Schuld die agrarische Junkernmehrheit des preussischen Landtages an der herrschenden Teuerung trägt. Dieser Umstand allein schon würde es rechtfertigen, wenn wir uns mit aller Energie an dem Sturm gegen das preussische Junkerbollwerk beteiligen. Der preussische Landtag hat aber auch die Macht, die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften direkt zu beeinflussen. Wichtige sozialpolitische Aufgaben unterliegen zum Teil völlig der Landesgesetzgebung, zum Teil ist dieser die Ausführung von Reichsgesetzen übertragen, an welchen die Gewerkschaften lebhaft interessiert sind.

Das herrschende Wahlrecht, welches der Reaktion auf allen Gebieten eine Mehrheit im preussischen Landtag garantiert, schädigt die Interessen der Arbeiterschaft auf das empfindlichste, es ist ein Hindernis für den Fortschritt nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland.

Gegen die preussische Dreiklassenschmach führt die Sozialdemokratie den Vorkampf. Ohne sich entmutigen zu lassen, stürmt sie immer von neuem gegen dieses Bollwerk der Reaktion. Die satte Bourgeoisie mag sich entkräften oder spötteln über den ihrer Ansicht nach zwecklosen Kampf. In Wirklichkeit ist der Kampf um das Wahlrecht in Preußen weder zwecklos, noch aussichtslos. Dem immer dringender werdenden Verlangen der breiten Volksmassen nach einer zeitgemäßen Reform des Wahlrechts kann auf die Dauer weder die reaktionärste Regierung noch das hochmütigste Junkertum widerstehen. Am 20. Oktober werden in ganz Preußen wieder große Demonstrationen veranstaltet gegen das Dreiklassenwahlrecht. Die Mitglieder der Gewerkschaften sind an dem Gelingen dieser Demonstration auf das lebhafteste interessiert. Durch einen imposanten Aufmarsch der Massen muß den Herrschenden zum Bewußtsein gebracht werden, daß das Volk von dem festen Willen beseelt ist, die Ursachen der Hungersnot zu beseitigen, daß es keine Ruhe in Preußen gibt, ehe der Fort der Reaktion, die preussische Dreiklassenschmach, gestürzt ist.

Die Tarifverträge in der Holzindustrie.

VII.

Die Akkordarbeit.

S. S. Im engeren Rahmen der Verträge kann natürlich die tarifliche Preisfestsetzung im einzelnen nicht geregelt werden. Es kann sich nur um die allgemeinen Bestimmungen über die Akkordarbeit handeln, während die speziellen Akkordtarife besonderer Vereinbarung bedürfen. Weil gerade die Akkordverhältnisse eine außerordentliche Verschiedenartigkeit aufweisen, die bei Schaffung der Akkordtarife berücksichtigt werden müssen, muß der Vertrag zunächst die Grundlagen regeln, auf welchen die Akkordtarife aufzubauen sind. Ein Blick auf die seinerzeit beschlossene Vertragsvorlage läßt ohne weiteres erkennen, wie vielgestaltig die Frage der Akkordarbeit ist.

Als erster Punkt ist dort die Vereinbarung eines festen Stundenlohnes für den Akkordarbeiter erwähnt. Dieser vereinbarte Lohn soll die eigentliche Grundlage des ganzen Arbeitsverhältnisses bilden. Bei der nichttarifierten Akkordarbeit muß dieser Stundenlohn nicht nur garantiert sein, er soll auch den Maßstab bilden für die Kalkulation des Akkordpreises. Wo man bisher der Stipulierung eines festen Stundenlohnes für den Akkordarbeiter gleichgültig gegenüberstand, muß sich diese Haltung ändern und dahin gestrebt werden, daß aus jedem einzelnen Lohnbuch an erster Stelle der vereinbarte Stundenlohn ersichtlich ist. Daß der einzelne Akkordarbeiter bei dieser Lohnvereinbarung nicht etwa den vertraglichen Mindestlohn, sondern seinen annähernden Akkordverdienst zugrunde zu legen hat, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Hierbei muß auch beachtet werden, daß der Vertrag den vereinbarten Stundenlohn als Abschlagszahlung bei Akkordarbeit vorsieht.

Eine besondere Streitfrage ist die Lohnsicherung bei Akkordarbeit. Der Mustervertrag beschränkt diese Sicherung auf außertarifliche Arbeiter. Bei Tarifarbeiten haben wir in erster Linie für anständige Tarifpreise zu sorgen. Diese müssen grundsätzlich so beschaffen sein, daß auch ein mindertätiger Arbeiter den Stundenlohn dabei verdient. Wo nicht mindestens solche Preise zu erreichen sind, muß man eben keine Tarife machen. Gaben wir aber solche vereinbart und unsere Bedingungen dabei soweit zur Anerkennung gebracht, daß allgemein ein höherer Verdienst als der vereinbarte Stundenlohn erzielt wird, dann hat das Verlangen nach Lohnsicherung bei solchen Tarifarbeiten weder Sinn noch Berechtigung. Das würde der Willkür Tür und Tor öffnen und jedem die Möglichkeit an die Hand geben, den von der Organisation geschaffenen Akkordtarif beliebig außer Kraft zu setzen. Dazu werden aber solche Tarife nicht geschaffen, und so gut wie deren Einhaltung von den Arbeitgebern verlangt, müssen die Arbeiter das ebenfalls tun.

Es ist weiter davon auszugehen, daß alle Akkordtarife zwischen den Vertragsparteien vereinbart werden, denn anders läßt sich eine Garantie für deren Einhaltung nicht übernehmen. In welcher Form das geschieht, braucht im einzelnen nicht festgelegt zu werden.

Aber nötig ist es, daß die Affordtarife sowie alle übrigen materiellen Fragen als Bestandteile des Vertrages gelten und den Kompetenzen der Schlichtungskommissionen unterstehen. Aus diesen Gründen muß aber auch den Vertragsparteien der gebührende Einfluß auf die Schaffung der Tarife zustehen, auch wenn es sich um Firmen- oder Werkstatttarife handelt.

Ein arger Mißstand ist es, daß die Vereinbarung der Affordpreise für außertarifliche Arbeiter noch vielfach mit einzelnen Arbeitern getroffen wird und die Gesamtheit der Kollegen, für welche schließlich die festgesetzten Preise doch gelten sollen, dabei keinen Einfluß hat. Im Mustervertrag heißt es hierüber, daß solche Vereinbarungen mit den Arbeitern des Betriebes zu treffen sind, wobei natürlich die von den Kollegen gewählten Affordkommissionen oder der Arbeiterausschuß usw. in Frage kommen.

Ein Gegenstück zu der Affordtarifbindung mancher Kollegenkreise ist das an einzelnen Orten bemerkliche Bestreben der Arbeitgeber, günstige Affordpositionen im Lohn herzustellen zu lassen. Um sich davor zu schützen, daß auf diese Weise der Unternehmer die Kollegen um ihren Ueberdient bringe, sollen alle tariflich geregelten Arbeiten auch nach dem Tarif berechnet werden, so wie es im Mustervertrage vorgeesehen ist. Es ist an einzelnen Orten, wo man sich auf die vorliegende Fassung nicht einigen konnte, an deren Stelle gesetzt worden: „Wenn vor Beginn der Arbeit nicht ausdrücklich die Herstellung im Stundenlohn vereinbart wurde, gilt der tarifliche Affordpreis.“

Die Affordarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen ist hingegen auf das nachdrücklichste zu bekämpfen. Die Unfallstatistik liefert hierfür leider mehr als zu viel Unterlagen, so daß es weiterer Begründung nicht bedarf. Mit der Bestimmung, daß die zu vereinbarenden Affordpreise nur für die von dem Arbeiter selbst auszuführenden Arbeiten gelten sollen, muß dem Unfug gesteuert werden, daß die Arbeiter für eigene Rechnung Maschinenarbeit an ihren Afforden ausführen lassen.

Die sichtbare Aushängung der Affordtarife trägt wesentlich mit dazu bei, daß die Tarife auch strikte innegehalten und durchgeführt werden.

Montagearbeit

Als Montagearbeiten sind alle Arbeiten zu betrachten, welche von Werkstattarbeitern außerhalb der Werkstätte ausgeführt werden. Die Art und Höhe der bei solchen Arbeiten zu zahlenden Aufschläge ist sehr verschieden, ja in manchen Verträgen fehlt überhaupt noch jegliche Regelung dieses Punktes. Um in dieser Frage überhaupt zu einer halbwegs einseitigen Regelung zu gelangen, empfiehlt es sich, die Bestimmungen des Mustervertrages möglichst unbedingte zu akzeptieren. Wenn dabei in dem einen oder anderen Punkte auch nicht immer bedeutende materielle Verbesserungen zu erreichen sind, wäre doch eine bessere und

präzisere Fassung auch schon etwas wert. Bei der von der zentralen Schlichtungskommission beschlossenen Karenzzeit von einem halben Tag muß es aber auf jeden Fall sein Bewenden haben; für Arbeiten in Neu- und Umbauten ist eine solche Karenzzeit überhaupt nicht berechtigt. (Siehe hierüber die Verträge für Frankfurt a. M., Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim; Jahrbuch 1912.)

Für Arbeiten außerhalb des Ortsbezirks tritt bei bestimmter Entfernung ein höherer Aufschlag ein. Diese Entfernung festzusetzen unterliegt der Vereinbarung der Ortsparteien. In den Verträgen für Rheinland-Westfalen ist eine Entfernung von drei Kilometer festgelegt, in vielen anderen Verträgen dagegen hat man vier Kilometer vereinbart. Je nach den geographischen Verhältnissen ist auch in einzelnen Verträgen anstatt der Kilometerberechnung die Ortsbezeichnung gewählt worden. (Siehe den Bremer Vertrag, Jahrbuch 1911.)

Lohnbücher

Der Nachweis über die Lohnbescheinigung ist eine alle Forderung unseres Verbandes und liegt im dringenden Interesse der Kollegen. Sowohl dem Werkstattvertrauensmann wie den Vertretern der Verwaltung und der Schlichtungskommission muß das Lohnbuch jederzeit zur Verfügung stehen. Bei Klagen vor dem Gewerbegericht ist fast nie ein anderer Beweis als durch das Lohnbuch zu führen. Auch bei statistischen Feststellungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse soll das Lohnbuch ein zuverlässiger Zeuge sein. (Um der allgemeinen Einführung der Lohnbücher die Wege zu ebnen, hat der Verbandsvorstand solche herstellen lassen, welche zum Preise von 10 Pf. den Mitgliedern zur Verfügung stehen.)

Allgemeines

Um den Wert des Tarifvertrages zu erhöhen, ist dessen Niederlegung beim zuständigen Gewerbegericht angebracht. Es geschieht das am besten in der Form, daß die Verbandsvertreter der Arbeitgeber und Arbeiter gemeinsam bei dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts nach vorheriger Anmeldung vorstellig werden und ihm den Tarifvertrag im Original überreichen mit der Bitte, das Gewerbegericht möchte sich bei den zukünftigen Entscheidungen über Arbeitsstreitigkeiten in unserem Gewerbe auf den Boden des Tarifvertrages stellen. Wenn die Unternehmer zu solcher Mission nicht zu haben sein sollten, genügt es auch, wenn unser Vertreter allein die Sache mit dem Gewerbegericht erledigt.

Ueber den Ausschluß zivilrechtlicher Klagen aus den Verträgen besteht zwischen den Zentralvorständen Übereinstimmung. Auch die zentrale Schlichtungskommission hat sich auf diesen Standpunkt gestellt und beschlossen, daß solche Klagen gegen die Verbände oder deren Organe aus dem Vertrage nicht erhoben werden dürfen. Es ist demzufolge dieser Passus in alle Verträge aufzunehmen.

Zu häufigen Auseinandersetzungen hat die Frage der Verbeibaltung der sogenannten besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt. Schon am 6. April

1908 beschloß die zentrale Schlichtungskommission unter dem Vorsitz des Hrn. v. Werlepfich:

„Dort, wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bestehen, als in den Verträgen festgelegt sind, dürfen dieselben nicht verschlechtert werden.“

Nichtbestehenweniger kam es in den folgenden Jahren immer wieder zu Streitigkeiten wegen dieser Frage, da bei den Arbeitgebern beständig das Bestreben zutage trat, unsere nur allzu berechtigten Ansprüche in dieser Beziehung abzulehnen. Nachdem aber in dem Mustervertrag der gleiche Passus auf Beschluß der Kommission im Jahre 1911 Aufnahme gefunden hat, dürfen wir wohl hoffen, daß der Streit hierüber nunmehr endgültig beseitigt ist.

Daß Einzelabmachungen, die den Bestimmungen des Vertrages zuwiderlaufen, ungültig sind, entspricht dem ganzen Geist der Verträge. Es hat sich nahezu schon ein System bei manchen Unternehmern herausgebildet, die Verträge möglichst zu umgehen, und zu dem Zwecke wird recht häufig versucht, dem Vertrage widersprechende Verabredungen mit einzelnen Leuten zu treffen. Dabei muß ihnen gehörig auf die Finger gesehen werden, denn solche bösen Beispiele könnten sonst ansteckend wirken. Die diesbezügliche Bestimmung des Vertragsmusters bietet dazu den nötigen Stützpunkt.

Im dieselbe Rubrik gehört der Passus, daß die Arbeitsordnungen mit den Bestimmungen des Vertrages in Einklang zu bringen sind. Wir haben es schon erlebt, daß gerade die hervorragendsten Vorführer der Arbeitgeber, die bei den Vertragsverhandlungen nur so von Arbeiterfreundlichkeit triefen, kurz nachher das Gegenteil von dem, was sie selbst vereinbart hatten, in ihre Arbeitsordnungen hineinschrieben, um dadurch für ihren Betrieb den Vertrag außer Kraft zu setzen. Es ist in solchen und ähnlichen Fällen das einfachste, derartigen Arbeitsordnungen auf Grund des Vertrages die Rechtswirksamkeit absprechen zu können, und für diesen Zweck ist eine Bestimmung mit vorzusehen.

Lehrstellenvermittlung und Lehrlingsausbildung.

Die gemeinnützigen Unternehmungen für Lehrstellenvermittlung geben sich in der letzten Zeit große Mühe, Lehrstellen zu ermitteln und ihnen Knaben als Lehrlinge zuzuführen. Vorbildlich hierfür ist das Vorgehen der Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung in Berlin. Sie wendet sich an die Magisträte (Schuldeputationen) und Gemeindeverwaltungen, damit die zur Entlassung kommenden Schüler der Gemeinde- und Hilfspflichtschulen Anmeldebogen in der Schule unter der Anleitung der Lehrer ausfüllen und mit Zustimmung der Eltern an die Vermittlungsstellen abgeben. Durch die Anmeldebogen werden die Vermittlungsstellen von den Wünschen der Schüler und ihrer Eltern über den in Aussicht genommenen Beruf unterrichtet.

Bilder aus der Thüringer Holzindustrie.

Was mir der Schneidmüller erzählte.

In einem kühlen Grunde lag ich in guter Ruh und sah dem Wälderpiele und sah den Wässern zu. Sah zu der blauen Säge

Langsam schritt ich durch den Wald. Ein herrlicher Tag. Der Sommerregen glitzerte durch die Blätter, still ringsum, kein Blatt bewegt sich. Nur von ferne klingt das einseitige Geräusch einer Säge. Das alte Volkslied für mich hinjammend, verfolge ich meinen Weg. In einer Begleitung bleibe ich überaus stehen. Das Tal wird weiter, der Wald ist in einer Holzrinne gesungen, um das Tal der Säge zu treiben. Ringsum Berge mit Wald, nicht an der Mühle eine Wiege mit einigen weidenbüschen. Jetzt verstehe ich den Dichter. Ein herrliches Landschaftsbild liegt vor mir. Ich fühle der Weg, die Klänge verlassend, zur Mühle. Noch wenige Schritte und ich stehe dabei.

Da plötzlich ein Schrei, der Gemütssturm fliegt ins Gesicht, noch einmal geht die Gatterjagd langsam auf und ab, das Werk steht! Was ist geschehen?

Ein Arbeiter kragt aus dem Vertriebe, über die glatten runden Stämme hinwegspringend, kragt er, rafft sich auf und verschwindet in einem der beiden Häuser.

Nach langer Zeit kommt er zurück, schon unterwegs lange Streifen von einem Leinwandstück reichend. Im Vordergrunde höre ich sagen: „Keine Wunde im Verlebensstapen, nichts, eierde Wirtschaft!“ Aus dem Hause kommen noch einige Frauen, ängstlich fragend: „Wer ist es denn?“ — „Der Junger aus Drehsch.“ — „Ach, auch noch das Unglück und noch vier Kinder zu Hause, und so ein großer Mann.“

Der Arbeiter hat seinen Kollegen verbunden, so gut es ging. Er tritt zu den Frauen: „Die Hand bleibt heiß, nun wird er wohl ganz invalide werden. Es mußte ja auch ja kommen. Die ganzen Kräfte, nirgends kann man stehen und dann noch die ständig gehende Kreisfrage. Die Hand ist im Kopf, wie oft ist dies schon gesagt worden. Nichts ist, nichts wird gemacht, immer nur neuer Profit.“

Kragt hat der junge Arbeiter die Worte hervorgehoben. „Ja, aber was der Gruppe.“ — „Ja, für habt doch einen Schicksal.“ — „Sage ich den Leuten.“ — „Ja, den haben wir auch.“ — „Langsam gehen mich die Leute von der Seite an und — gehen weg. Eben kommt auch die Herrin aus der Halle.“

Was soll nun werden? Der Berunglückte muß zum Kopf. Der Herr ist mit dem Wägen unterwegs, die nächste Station ist eine Stunde entfernt, und auch da fährt er nur im Lauf in zwei Stunden. Der Arbeiter wohnt im Dorf den Stunden von der Schneidmühle entfernt. Er kragt sich nach Hause zu gehen.

Ratlos steht der Platzmeister. Da muß er doch noch einen Arbeiter mitnehmen. Ich erbiere mich, den Arbeiter zu begleiten. Erleichtert atmet der Platzmeister auf. Ein Pfiff, die Maschine bewegt sich, und die Arbeit geht weiter. Ist ja nur eine Arbeiterregiment vernichtet.

Langsam, schweigend, gehen wir unseren Weg. Mitteilbar ist mein Begleiter nicht. Auch mögen ihn die Schmerzen plagen. Um doch ein Gespräch zustande zu bringen, biete ich ihm eine Zigarre an. Schweigend nimmt er sie. Da, wie er die Hand hochhebt, jähre ich erschreckt zurück. Nur noch zwei Finger! Er hat mein Erschrecken bemerkt. Ein harter, bitterer Zug geht durch sein Gesicht.

„Ja, die habe ich auch drunten gelassen, die andere wird nun auch heiß bleiben, dann wäre ich ja fertig.“ Jetzt wird er mitteilbar, der Schmerz und der Verlust läßt ihn klagen. „Was hat man nun? Zwanzig Jahre arbeite ich im Vertriebe, jetzt wird man mich entlassen. Schon das erste mal war es so. Froh mußte ich sein, daß ich wieder ankom. Damals jagten sie nur: Riß wohl besoffen gemessen. Wie ist dort drunten immer gearbeitet worden. Die hatten gut reden, die Herren. Zwanzig Jahre habe ich dort zugebracht, auf der Strohpresse. In den langen Jahren habe ich nur Sonntags die Hoje vom Leibe bekommen, wenn ich nach Hause fuhr. Bei drei Stunden Weg kann man eben nur Sonntags nach Hause. O, ist das ein Leben! Oft glaubte ich es nicht aushalten zu können. 30 bis 40, ja bis 70 Mann auf einem elenden Holzgerüst, in engem Raume, zwei Etagen übereinander. Auf Strohh, die Decken mußten wir uns selbst mitbringen, so haben wir Mann neben Mann gelegen. Dann die Kälte im Winter, aneinander sind wir gefroren, um uns zu wärmen. Dann noch das Ungeziefer. Erst als die Arbeiterzeitung Artikel brachte, wurde es etwas besser.“

Die haben gut reden, seid ja besoffen! Wo sollte man denn am Abend hin, nirgends ein Raum, wie die Kantine. Da wurde eben Schnaps getrunken, auf Kredit gegeben. Alle Bedürfnisse mußten irgendwie in der Kantine gedeckt werden. Den Flaschenbierhandel regelte die Herrin, natürlich fehlte der Betrag dafür am Sonntag.

Und die Arbeitszeit. Im Sommer von 5 Uhr an, im Winter von 6 Uhr an, dann bis spät in die Nacht hinein, Nachts durch, oft wurde nur angehalten, weil die Maschine ausruhen mußte. Warum wir das gemacht haben? Ja, oben in der Schlafkammer war es auch nicht besser, da wurde eben gearbeitet. Jede Stunde zählte. O, das ist eine Ausbeutung, heute sehe ich es ein.

Wir mußten ja arbeiten, der Lohn ist so gering. Als ich drunten ankam, gab es 18 Pf. Stundenlohn, heute nach 20 Jahren gibt es 2 Pf. es sind aber welche da, die nach weniger bekommen. Sagt man was, dann heißt es: wenn es nicht paßt, kann gehen, ich bekomme andere genug. Leider ist es so, die Leute sind zu wenig einig.

Da sagt uns der Herr, Ihr braucht den hohen Lohn nicht, habt doch noch Feld und auch ein Häuschen. Gerade, als ob sich das allein bewirtschaftete. Hab' auch ein junges, starkes Weib gefreit. Was ist sie jetzt mit 40 Jahren? Ein abgetriebenes Arbeitsstier. Die Scholle in Thüringen ist mager, die Berge schwer zu bearbeiten. Ist diese Arbeit denn nichts? Was geht es den Herrn an, er bezahlt doch nur meine Arbeit, und die ist schwer genug.

Warum wir uns nicht zusammenkamen? Einmal waren wir einig. Ein ganzes Jahr lang. Da waren Leute vom Verband gekommen. Anfangs wollten die Arbeiter aus Angst vor Entlassung nicht beitreten, auch wollten sie keine Beiträge zahlen. Als sie aber doch gingen, da versuchte der Platzmeister einen zu entlassen. Die Antwort blieb nicht aus und er mußte wieder eingestellt werden.

O, da konnten die Herren reden, warum die Arbeiter das viele Geld in dem Verband zahlten, sie wären doch immer einig geworden. Selbst am Lohn wurde freiwillig zugelegt, nur um die Arbeiter wieder auseinanderzubringen. Es half aber nichts, die Leute blieben einig. Der Herr schämte sich dann auch nicht.

Wie leider schon öfter, kam es aus Neid zu Streitigkeiten. Leider ist dies bei uns auf den Dörfern so, daß einer des andern Teufel ist und sich freut, wenn es dem andern schlecht geht. Keiner will seine Last und Not zeigen.

Wir wollten mehr Lohn haben, es war alles so teuer geworden. Der Herr hatte erzählt, daß wir uns gestritten, und verweigerte die Lohnhöhung. Es kam zum Streit. Aus Haß, Neid und Geiz, wohl auch aus Unklugheit blieben einige stehen. Der Betrieb ging weiter; aus den anderen Dörfern kamen noch einige Streikbrecher, wir mußten wieder zur Mühle zurück, und zum Schluß konnten 20 Mann nicht wieder anfangen. Die anderen bekamen Angst und gingen wieder aus dem Verband. Auch ich, wie bereue ich dies heute. Waren wir geliebt, dann hätten wir einen Rückhalt gehabt, aber so hat der Herr den Lohn wieder heruntergesetzt, er käme nicht zurecht. So ist es, wenn wir Arbeiter nicht einig sind. O könnte ich allen zurufen: Seid einig, einig!

Erschöpft hielt der Arbeiter inne. So lange hatte er wohl sein Leben lang noch nicht hintereinander gesprochen. Noch mal spricht er:

„Aber das sage ich Ihnen: Bin ich wieder gesund, dann will ich für den Verband werden. Was habe ich denn in den 20 Jahren erworben, noch nicht mal den Dank des Unternehmers.“

Wir treffen einen Wagen aus dem Dorfe des Verunglückten; er kann aufsteigen, und ich verfolge langsam meinen Weg weiter. Die Klage des Schneidmüllers hatte mir das ganze Elend der Thüringer Holzindustrie gezeigt. Kann diesen Leuten geholfen werden? Ja, wenn sie sich alle organisieren. —

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Eisflern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Altmühl, Bremerhaven, Westermünde, Lehe, Elmshorn (Kölln), Frankfurt a. O. (Gieseler (Südrath)), Glogau (Raumgarl), Großhartmannsdorf (Werlebach), Gathingen (Wiß, Vollmer), Lauban (Kallbrenner), Mörchingen, Offenbach (Eisfabrik L. Schlapp), Meistenhausen, Schweinfurt, Sensburg, Stolp i. Pomern (Wlod), Bierfen (Rudw. Ruhlmann), Weinheim (Schaab), Wilsau in Sachsen (Koppermann), Graz, Innsbruck, Neßelsdorf (Waggonfabrik).

Modellflern nach Düsseldorf-Lierenfeld (Stahlwerk Delling), Offenbach a. M. (Engelbert Kern).

Flaviermachern nach Brüssel.
Drechsflern nach Höhr i. Westerwald, Neunkirchen am Sand, Birkdorf bei Fürth i. B. (Nensinger).

Polsterern nach Neuhäusen in Sachsen.

Parlettflern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parlettgeschäfte, Wlambstraße), Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber Otto Ebinger).

Sägereiarbeitern nach Tilsit.

Stodarbeitern nach Wald i. Rheinland.

Schiffbauern nach Sellstedt (Mermann u. Berndsen), Schiffdorferdamm (Müller), der Schweiz. Bergolbern, Grundierern, Verzieren und Farbigmachern nach Glattbrugg bei Zürich (Dellera).

Sie laden dann die Schüler und ihre Eltern ein, um sich mit ihnen zu verständigen, und bemühen sich, eine passende Lehrstelle nachzuweisen.

Die Vermittlungsstellen haben in ihren Veröffentlichungen hervor, daß sie rein gemeinnützige Einrichtungen seien und weder von den Lehrherren noch von den Lehrlingen oder deren Eltern eine Vermittlungsgebühr erheben. Wir wollen der Herren der Vermittlungsstellen gewiß nicht den guten Willen abstreiten; jedoch müssen wir darauf aufmerksam machen, daß auch eine sorgfältige Auswahl der Lehrstellen notwendig ist. Es kommt nicht nur darauf an, daß der Lehrling in dem Gewerbe, zu dem er Lust hat, eine Lehrstelle findet, sondern ganz besonders ist es auch notwendig, daß der Lehrling wirklich alles das lernt, was eine gründliche Ausbildung erfordert.

Darüber ist aber in den Veröffentlichungen der Vermittlungsstellen, soweit sie uns aus der Fachpresse bekannt geworden sind, nichts zu finden. Die Vermittlungsstellen legen der Berufswahl die größte Bedeutung bei. Sie befragen es, daß heute die Mehrzahl der Kinder sich nicht genügend überlegt, welchen Beruf sie wählen wollen. Die natürlichen Berater, die Eltern, sind selten in der Lage, die Ausichten und Anforderungen der verschiedenen Berufe zu übersehen. Meist sind Zufall, Neigungen oder Launen des Kindes allein entscheidend. Von Jahr zu Jahr schwindet das Geuz der jugendlichen Arbeiter an, die den ungelerten Becker zuströmen. Die vielen Nachteile, die eine solche Wahl später bringt; der harte Kampf ums Dasein, den der erwachsene und besonders der alternde ungelerte Arbeiter zu führen hat; das Elend, dem er blindlings in die Arme rennt; alles dies steht der aus der Schule entlassene Knabe nicht. Darum bieten sich die Vermittlungsstellen als einen Berater an, der die Jugend und die Eltern bei der Berufswahl mit unparteiischem und sachverständigen Räte unterstützt.

In diesem Arbeitsplane vermischen wir die Sorge dafür, daß der Lehrling nicht einem gewissenlosen Ausbeuter in die Hände fällt, und dafür, daß überhaupt die Lehrlinge in den vermittelten Lehrstellen eine gute Lehre durchmachen können.

Das kann doch nicht bestritten werden, daß es „Lehrherren“ gibt, die nicht auf die Ausbildung, sondern nur darauf bedacht sind, recht viel Nutzen aus dem Lehrling zu ziehen. Noch häufiger sind die Fälle, in denen der Lehrling selbst beim besten Willen — seinen Lehrling nicht zu ausbilden kann, wie es sich gehört, weil der Betrieb zu klein ist und darin die zu einer gründlichen Ausbildung der Lehrlinge notwendigen Einrichtungen fehlen.

Leider vermag hier auch die öffentliche Verwaltung. Sie müßte Lehrwerkstätten einrichten, in denen die Lehrlinge planmäßig mit dem bekannt gemacht werden, was sie bei ihrem Lehrmeister nicht lernen können.

Nützlich ist ein Gutachten des preussischen Landesgewerbeamts veröffentlicht worden, das Bezug nimmt auf die Kundgebung des deutschen Ausschusses für das technische Schulwesen über die Ausbildung der Lehrlinge. Es heißt hierin u. a., daß es für die mechanische Industrie außerordentlich wichtig ist, eine größere Zahl gut ausgebildeter Facharbeiter als bisher auszubilden. Damit wird die rasche Anpassung an technische Neuerungen möglich und so eine wichtige Voraussetzung für den Wettbewerb Deutschlands auf dem Weltmarkt erfüllt. Aus diesem Grunde verdienen ernste Beachtung alle Mittel, die geeignet sind, die Jugend zum Eintritt in eine derartige Lehrstelle zu veranlassen. Als eins der wichtigsten Mittel wird dann der

Handfertigkeitunterricht in den Gemeindefschulen empfohlen, da er Lust und Liebe zur Erlernung eines bestimmten Berufes erweckt. — Das preussische Kultusministerium hat dieses Gutachten des Landesgewerbeamts den Regierungen, Provinzialschulkollegien usw. mitgeteilt, mit dem Auftrage, den Handfertigkeitunterricht zu fördern.

Auch wir begrüßen diese Erweiterung des Unterrichtsplans als einen Fortschritt. Jedoch wird die öffentliche Verwaltung durch jede Aufmunterung zum Eintritt in eine Lehre um so mehr verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Lehrlinge auch gründlich ausgebildet werden. Einige Großbetriebe haben zwar zweckmäßige Einrichtungen dazu geschaffen. In nur zu vielen anderen Großbetrieben dagegen fehlt noch immer eine solche Maßnahme. Die mittleren und namentlich die große Zahl von Kleinbetrieben, welche Lehrlinge annehmen, können aber gar nicht die Lehrlinge so ausbilden, wie es heute nötig ist. Dazu sind vielmehr Lehrwerkstätten notwendig, die der Staat auf seine Kosten einrichtet.

Daran denken jedoch die maßgebenden Kreise gar nicht. Für solche Zwecke hat eben ein Militärstaat nicht die erforderlichen Mittel.

Deshalb verlassen viele junge Arbeiter die Lehre, ohne die richtige Ausbildung erlangt zu haben. Das ist ein schwerer Schaden für diese jungen Leute und schreckt mancher Knaben davon ab, als Lehrling bei einem Kleinmeister einzutreten. Auf diese Weise wird es aber auch unserer Industrie nicht erleichtert, die nötige Zahl gut vorgebildeter Facharbeiter zu bekommen.

Daher dürfen sich die gemeinnützigen Einrichtungen für Lehrstellenvermittlung nicht begnügen, die Knaben als Lehrlinge in den Gewerben unterzubringen, die sie sich ausgesucht haben. Notwendig ist vielmehr auch eine gewissenhafte Prüfung, ob die Lehrmeister ihre Pflichten erfüllen und ob die Lehre sonst den Anforderungen unserer Zeit entspricht. Wenn die Vermittlungsstellen dies tun, werden sie in erster Linie die gewissenlosen Lehrlingsausbeuter möglichst unschädlich machen, indem sie die Lehrlinge vor ihnen warnen. Außerdem werden sie die vielen Lücken in der Ausbildung feststellen, die auch der gewissenhafte Lehrmeister nicht verhindern kann.

Dies muß sie veranlassen, mit allen Kräften für Lehrwerkstätten sowie für die Verbesserung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts einzutreten. — So ist die Lehrstellenvermittlung mit der Lehrlingsausbildung aufs engste verknüpft.

Soziales.

Der Krieg auf dem Balkan.

Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen als ein Gespräch von Krieg und Kriegesgeschrei. Wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen.

So läßt Goethe in seinem „Faust“ einen Bürger sprechen. In der Zeit, die der Dichter im Auge hat, möchte auch ein Krieg in der Türkei für den braven Spießbürger im Reich keine weitere Bedeutung gehabt haben, als daß er Stoff zu Viertischgesprächen lieferte. Auch heute noch wird ja viel über den Krieg in der Türkei, der nun zum Ausbruch gekommen ist, gesehnet und geäußert, aber die Türkei ist nicht mehr so „weit hinten“. Die Verkehrsverhältnisse sind anders geworden, die Länder und Völker sind einander näher gekommen, und wenns hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen, dann ist der Frieden Europas auf das ernsthafteste bedroht.

Die Balkanhalbinsel ist schon seit langem der Wetterwinkel Europas. Seit dem 13. Jahrhundert hatten die Osmanen begonnen, sich in Europa festzusetzen und ihr Gebiet auszudehnen. In der berühmten Schlacht auf dem Amselfelde wurden die Serben besiegelt und unterworfen. In der Folge eroberten die Türken die Donauländer; im Jahre 1453 zogen sie in Konstantinopel ein und beendeten damit die Herrschaft des einst mächtigen Oströmischen Reiches. Später dehnten sie ihr Herrschaftsbereich in Asien und Nordafrika aus, aber auch in Europa drangen sie weiter vor und wiederholt, in den Jahren 1529 und 1683, belagerten sie Wien. Mit der Niederlage, die sich die Türken vor Wien holten, beginnt die Abspaltung ihres Reiches. Rußland und Oesterreich waren die natürlichen Gegner der Türkei mit der sie eine Reihe von Kriegen führten, die meist mit Gebietsabtretungen seitens der Türkei endeten.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts begannen die unterworfenen Länder auf der Balkanhalbinsel sich zu erheben. Die ersten waren die Serben, denen im Jahre 1817 die Bildung eines zunächst von der Türkei abhängigen Fürstentums zugestanden wurde, welches seit dem Jahre 1878 als unabhängiger Staat anerkannt wird. Nach langwierigen Kämpfen erzielten im Jahre 1829 die Griechen ihre Unabhängigkeit. Die Bulgaren erhoben sich 1876 und erreichten die Loslösung von der Türkei. Bosnien und die Herzegowina, die ebenfalls unter türkischer Herrschaft standen, wurden seit 1878 von Oesterreich besetzt und 1908 förmlich annektiert. Im Jahre 1856 wurde Rumänien als selbständiges Fürstentum anerkannt. Das kleine Montenegro war eigentlich nie förmlich den Türken unterworfen gewesen, die Anerkennung seiner vollständigen Unabhängigkeit erreichte es aber erst im Jahre 1878.

Die Balkanhalbinsel umfaßt also eine recht bunte Mustertafel von Ländern und eine sehr gemischte Bevölkerung. Kulturell steht letztere noch recht tief; die Industrie ist sehr schwach entwickelt, dagegen haben einige der Balkanstaaten eine bedeutende Viehzucht. Land-

kämpfe an den Grenzen hören eigentlich nie auf; die Erinnerung an die Glanzzeit des alten Serbienreiches ist bei den slavischen Völkern der Balkanhalbinsel noch nicht erloschen und ihr Streben ist darauf gerichtet, die noch unter türkischer Herrschaft stehenden Teile ihres ehemaligen Reiches von der Fremdherrschaft zu befreien. In ähnlicher Lage befinden sich die griechischen Einwohner der Insel Kreta, die nur durch Gewalt bisher daran gehindert werden konnten, sich förmlich mit Griechenland zu verbinden. Inzwischen hat der Abbrödelungsprozess von der Türkei in Nordafrika weitere Fortschritte gemacht. Die Franzosen haben Algerien annektiert und ihre „Schutzherrschaft“, die sich von dem tatsächlichen Besitz nur dem Namen nach unterscheidet, in Tunisien etabliert. Ähnlich ist das Verhältnis von England zu dem eigentlich zur Türkei gehörigen Ägypten und der bevorstehende Friedensschluß zwischen der Türkei und Italien dürfte wohl den Italiener in irgendeiner Form in den Besitz von Tripolitanien bringen.

Die eigentliche Ursache des jetzt begonnenen Krieges auf dem Balkan ist schwer zu erklären. Das an die Türkei gerichtete Verlangen, die im Berliner Vertrag von 1878 übernommene Verpflichtung, gewisse Reformen in den meist von Slawen bewohnten Teil des Reiches durchzuführen, ist nur ein Vorwand. Die Balkanfürstentümer, oder richtiger Königreiche, denn ihre Herrscher haben sich in den letzten Jahren die Königswürde beigelegt, halten eben einfach die Zeit für günstig, über die Türkei herzufallen und Stücke von ihr abzureißen. Durch die Nachricht, daß Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland ein Bündnis abgeschlossen haben, und daß sie ihre Truppen mobilisieren, war alle Welt überrascht. Die Diplomaten steckten ihre weißen Köpfe zusammen und sie brachten mit Mühe und Not auch den Entschluß zustande, durch gemeinsame Vorstellung der Mächte den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Ehe aber dieser Beschluß recht zur Ausführung gelangte, hat der König Nikola von Montenegro, der über ein Reich von 9000 Quadratkilometern und 250 000 Einwohnern herrscht, den Türken den Krieg erklärt. Inzwischen haben auch schon Kämpfe zwischen den Türken und Montenegro stattgefunden und wenn die übrigen Balkanstaaten mit ihrer Kriegserklärung an die Türkei noch zögern, so sind hierfür nur tatsächliche Rücksichten maßgebend; sie wollen vor der formellen Kriegserklärung ihre Mobilisierung beenden.

Die Bedeutung des beginnenden Balkankrieges liegt darin, daß er das Gleichgewicht Europas bedroht. Als den eigentlichen Kriegsbeher betrachtet man aus guten Gründen Rußland, welches sich als Protektor der Balkanstaaten aufspielt und besonders den Herrscher von Montenegro mit Geld und sonstigen Beweisen seines Wohlwollens überschüttet. Rußlands Sehnsucht ist die Herrschaft über Konstantinopel und anscheinend hält es die Zeit gekommen, seine Pläne zu verwirklichen. Es ist ein sehr merkwürdiger „Zufall“, daß gleichzeitig mit der Mobilisierung der Balkanstaaten eine „Probemobilisierung“ der russischen Armeekorps an der österreichischen Grenze angeordnet wurde. In dem Augenblick, in dem Rußland seine Hand nach der Türkei ausstreckt, fühlt sich aber Oesterreich bedroht. Wenn es schon an eine Teilung der europäischen Türkei geht, dann will auch Oesterreich sein Teil haben und die anderen Mächte, insbesondere Italien, aber auch England und Frankreich und jedenfalls auch Deutschland werden ein Wort mitreden wollen und, soweit nicht Gebietsabtretungen in Frage kommen, werden sie „Kompensationen“ verlangen. Die österreichische Regierung hat sich riesige Summen zum Ausbau des Heeres und der Flotte bewilligen lassen. Man faßt das als eine Vorbereitung für die Mobilisierung auf und es heißt, Oesterreich würde den Einmarsch der Serben in das Sandtschat Nobibazar, das ist der Teil der Türkei, der an Serbien, Oesterreich und Montenegro grenzt, als den Kriegsfall betrachten. Das Kriegsspiel auf dem Balkan kann also sehr leicht einen Krieg zwischen Rußland und Oesterreich zur Folge haben und inwiefern die Verbündeten dieser Staaten davon in Mitleidenschaft gezogen werden, bleibt abzuwarten.

Welchen Verlauf die Dinge nehmen werden, ist natürlich schwer vorauszusagen, daß man aber gut tut, die Lage nicht zu optimistisch zu betrachten, das zeigt das Verhalten der Börse, die im allgemeinen als guter Barometer für politische und wirtschaftliche Vorgänge gilt. Aus allen bedeutenden Börsenplätzen wird ein panischer Kurssturz gemeldet, was gleichbedeutend ist mit riesigen Verlusten, welche die Besitzer der betreffenden Börsenpapiere erleiden. Selbst für den Fall, daß es gelingen sollte, den Krieg auf dem Balkan zu lokalisieren, werden sich seine Folgen auch in Deutschland sehr unliebsam bemerklich machen. Die Ausfuhr von Getreide und Vieh aus den Balkanstaaten hört auf und die Schwierigkeit des Exports aus den russischen und rumänischen Häfen des Schwarzen Meeres bewirkt eine erhebliche Verteuerung der Frachten. Das bedeutet eine Steigerung der Getreidepreise. Bemerkenswert ist, daß an der Börse deutscher Roggen von russischen Händlern aufgekauft wird. Wir haben ja das famose System der Einfuhrsubvention, durch welches für die Ausfuhr von Getreide aus Deutschland eine Prämie gezahlt wird. Der „Segen“ dieser Einrichtung tritt jetzt, wo die notwendige Zufuhr erschwert wird, besonders deutlich in Erscheinung. Die Wirkung wird sich wohl bald in einer Steigerung der Vrotpreise äußern.

Der Handel Deutschlands mit der Türkei und den übrigen Balkanländern ist zwar nicht sehr bedeutend, sein

Unfall dürfte sich aber doch fühlbar machen. Bieht man aber in Betracht, daß Rußland und Oesterreich sehr leicht in die Kriegswirren verwickelt werden können, dann liegt die Gefahr nahe, daß die Hochkonjunktur, die ohnebisher ihrem Höhepunkt immer näher rückt, jäh von einer tiefen Wirtschaftskrise abgelöst wird. Wenn wir auch hoffen, daß das Unglück, welches dem Wirtschaftsleben droht, nicht mit voller Schärfe über uns hereinbrechen wird, so dürfen wir uns doch nicht verhehlen, daß Handel und Gewerbe von ernstem Gefahren bedroht sind und daß es wohl begründet ist, wenn die gesamte Öffentlichkeit die Entwicklung der Dinge im nahen Orient mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Auch für den deutschen Arbeiter fallen Bräutigam ab, „wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen“.

Ein Jahr Jugendarbeit.

Das Reichsvereinsgesetz vom Jahre 1908 hat zwar der proletarischen Jugendbewegung Fesseln angelegt und die Polizei hat davon ausgiebigen Gebrauch gemacht. Mit streupelosester Rechtsbeugung gelang es ihr wohl, an den meisten Orten die Organisationen der proletarischen Jugend als „politische“ aufzulösen. Den Vormarsch der Jugendbewegung aber vermochten solche Maßregeln nicht aufzuhalten.

Aber auch die Schaffung und Begünstigung von Gegenorganisationen vermochte diesen Zweck nicht zu erreichen. Eine Million Mark preussischer Staatsgelder wurden 1911 dafür aufgewendet, 1912 sogar 1 1/2 Millionen Mark. Der neugegründete „Jungdeutschlandbund“ und eine Anzahl bürgerlicher Jugend- und Turnvereine und -vereine teilen sich mehr oder weniger redlich in den Raub. Während diese Gruppen behördlich in jeder Weise begünstigt werden und man zu ihrer Füllung auch vor Zwangsmitteln nicht zurückscheut, wollen sie doch nicht zum rechten Leben kommen, und lebt und marшиert die freie Jugendbewegung allen Schikanen zum Trotz.

Trotzdem eine formelle Organisation mit Vereinen und festen Beiträgen hat diese proletarische Jugendbewegung heute nur noch an wenigen Orten. Die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ berichtet für das Jahr: Juli 1911 bis Juni 1912 über 102 solcher Jugendvereine, die zusammen 17 757 Mitglieder zählten. Außerdem sind der Zentralstelle 88 gewerkschaftliche Jugendsektionen an 49 Orten mit 11 748 Mitgliedern bekannt geworden. Aber nicht die Form macht es, sondern der Geist, der in der Bewegung steckt. Und so gibt es denn trotz des polizeilichen Verdrängungsmaßstabes ein Mittel, das als geistiges Band unter den jungen Proletariern wirkt: die „Arbeiter-Jugend“. An dem Aufschwung dieser gut geleiteten Zeitschrift läßt sich die Entwicklung der freien Jugendbewegung am sichersten verfolgen. Seit dem dritten Jahresviertel 1911 stieg die Abonnentenziffer der „Arbeiter-Jugend“ von 65 500 auf 80 000 zu Ende Juni 1912. Die Verbreitung erstreckt sich auf 471 Orte, von denen einzelne recht nennenswerte Mengen beziehen. Obenan steht Groß-Berlin mit rund 13 500 Abonnenten, Hamburg folgt mit 3540, Leipzig mit 2467 Lesern, Köln hat deren 1303, Dresden 1930, Hannover 1901, Solingen 1200, Stuttgart 1268 und München 1006.

Die Leitung der Jugendbewegung liegt im allgemeinen in den Jugendauschüssen, die sich nach dem hierfür maßgebenden Beschlüssen aus Vertretern der örtlichen Parteioptionen und der Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammenzusetzen sollen. In Wirklichkeit ist die Zusammenziehung jedoch oft noch recht abweichend von diesem Wunsch. Solcher Jugendauschüsse gab es nun am 1. Juli 1912 insgesamt an 574 Orten, doch haben nur 341 eine Tätigkeit entwickelt, über die sie zu berichten in der Lage sind. Im vorhergehenden Jahre berichteten aber nur 213 Ausschüsse, so daß der Fortschritt hier ein wesentlicher ist.

Als wichtigste Aufgabe wird überall die Errichtung von Jugendheimen betrachtet. Wenn wir dabei die Schwierigkeit der Geldbeschaffung und die erheblichen Kosten der Unterhaltung betrachten, so ist der Erfolg schon sehr beachtlich, daß heute bereits 208 Orte solche Heime besitzen. Vielfach handelt es sich dabei allerdings nur um abgegrenzte Räume einer Gastwirtschaft, die nur an einzelnen Tagen den Jugendlichen frei zur Verfügung stehen. Das eine aber ist allen Jugendheimen gemein: Das Rauchen und der Alkoholgenuß sind absolut verboten. In einzelnen Heimen werden den Besuchern alkoholfreie Getränke und kleine Kostwaren zum Selbstkostenpreis geboten, wobei die Jugendlichen den „Ausdienst“ in vielen Fällen abbrechen nicht scheuen. Von den vorhandenen Jugendheimen verfügen 13 über zwei und mehr Räume. Dafür müssen zum Teil recht erhebliche Mietsummen gezahlt werden. So werden z. B. Hamburg jährlich 12 000 Mk. an und Berlin ohne Vorort für drei Heime 4200 Mk. Der Reichstag zahlt aber noch 14 weitere Orte, an denen die Arbeiterheime je über 500 Mk. jährlich allein für diesen Zweck aufbringen.

In der Mehrzahl der Jugendheime stehen den Besuchern Bibliotheken zur Verfügung, Zeitungen und Zeitschriften und Unterhaltungsblätter sind wohl überall vorhanden. Dazu werden verschiedentlich wissenschaftliche Vorträge, Vortragsabende und künstlerische Veranstaltungen gegeben. Sport im Freien und Wanderungen unternommen. In 30 Orten sind besondere Jugendbildungscommissionen gebildet, die in jugendlichen Kreisen zur Seite stehen.

Ob dieser allgemein vertretlichen Erziehungs- und Bildungstätigkeit gegenüber stehen feindselig die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft, welche darauf achten, ob sich nicht auch hier eine oder andere in den ausgelegten Fesseln fangen läßt. Eigene Schicksal werden für diesen Zweck gehalten. Anzeigen wurden wegen ihrer nicht konventionellen „Lebensweise“ bestraft oder auch direkt gebändert. Den Jugendlichen wurde angedeutet, daß sie sich nicht an den öffentlichen Plätzen zu betreten. Jugendliche wurden wegen Teilnahme an angeblich politischen Versammlungen und Treffen mit Strafanordnungen bedroht, die kaum mehr als ein dem nachfolgenden Gericht wieder aufgehoben werden konnten. Der Reichstag hat aber die Polizei in dieser Hinsicht angehalten, die es in einem Jahre auf 30 polizei-

liche und 15 richterliche Vernehmungen und 40 bis 50 Hausdurchsuchungen in Sachen der Jugendorganisation brachte. Insgesamt hat die Zentralstelle für die arbeitende Jugend allein 3619 Mk. für Rechtschutz verausgabt. Soweit kostete es, um sich der Verleumdung des Staates zu erwehren, während andererseits allein Preußen 1 1/2 Millionen Mark und Sachsen 100 000 Mk. für die arbeiterfeindliche „nationale Jugendpflege“ wegwarf. Die freie Jugendbewegung hat an diesem Segen keinen Anteil, ihr verweigert man sogar auf der Eisenbahn die anderen gewährten Fahrpreisvergünstigungen bei Wanderfahrten.

Die Jugendauschüsse der Arbeiterschaft hatten im Berichtsjahre zwar nur 125 061 Mk. zur Verfügung. Die Zentralstelle selbst hat, einschließlich der oben genannten Prozeßkosten und rund 3000 Mk. Zuschüsse an Ausschüsse, 15 058 Mk. Kosten erfordert. Dazu kommen 65 703 Mk. Einnahmen der „Arbeiter-Jugend“. Die Früchte aber, die diese rund 200 000 Mk. der freien Jugendbewegung tragen werden, lassen sich zwar nicht zahlenmäßig fassen, denn es sind ideale Werte, die dort geschaffen werden. Aber sie werden höher sein, als die der Regierungsmillionen. Hier ist der Akt das Vertrauen der Eltern und der Kinder, dort aber nur der blinde Goldstrom, mit dessen Verfließen die ganze Herrlichkeit zusammenfällt. Militärsport wie beim Jungdeutschlandbund, oder fromme Lieder wie in den Junglings- und Jungfrauenvereinen können der heranwachsenden Arbeiterjugend nichts nützen, sie braucht Schulung, Bildung, Lebensfreude und Brot.

Spielzeug für große Kinder. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat kürzlich einen wichtigen Erlaß herausgegeben. Er betrifft die Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens an gewerbliche Arbeiter. Bisher konnten nur solche Arbeiter diese herrliche Knopflochzierde erhalten, die mindestens 30 Jahre sich von demselben Unternehmen ausdienten ließen. Am letzten Geburtstag des Kaisers ist aber das Spielzeug in einer billigeren Ausführung in den Verkehr gebracht worden. Es gibt jetzt auch Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze, mit denen man freigelegter umgehen kann. Es können deshalb künftig schon Arbeiter nach 25jähriger Dienstzeit mit dem Blech behängt werden. — Und da gibt es immer noch böswillige Menschen, die bestreiten, daß für die Arbeiter bis ins hohe Alter hin ein gesorgt sei.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Zahlstelle Remel wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in dieser Zahlstelle ab 1. Oktober 70 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 42. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Wir machen hierdurch nochmals auf die zum 1. und 2. Dezember d. J. nach Koburg einberufene zweite Branchenkonferenz der Korbmacher aufmerksam. Für die Verhandlungen der Konferenz ist von der Zentralkommission folgende vorläufige Tagesordnung aufgestellt worden:

1. Bericht der Zentralkommission.
2. Die Entwicklung unseres Berufes in jüngster Zeit.
3. Die Tarifbewegung in der Korbmacherei.
4. Agitation.

An alle Sektionen der Korbmacher richten wir wiederholt die Aufforderung, zu der Konferenz Stellung zu nehmen und die aufgestellte Tagesordnung sowie entsprechende Anträge dazu zu beraten. Alle Anträge zur Konferenz sind bis 1. November an den Verbandsvorstand einzureichen.

Wegen der Beidung der Konferenz haben die Sektionen sich mit der Lokalverwaltung ihrer Zahlstelle zu verständigen. Die Delegationskosten sind aus lokalen Mitteln zu bestreiten. Finanziell ungünstig gestellten Zahlstellen wird je nach Erfordernis ein Zuschuß zu den entstehenden Kosten aus der Verbandskasse gewährt. Diesbezügliche Anträge sind durch die Lokalverwaltung bis 1. November an den Verbandsvorstand einzureichen. Für die Delegiertenwahl gelten im übrigen die Vorschriften Seite 3 im Handbuch.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 97898 Emil Reichelt, Tischler, geb. 24. 4. 76 zu Neuhaujen.
- 255879 Bazian Jamid, Tischler, geb. 18. 2. 74 zu Brin.
- 275629 R. Dürhold, Tischler, geb. 18. 6. 82 zu Elberfeld.
- 316391 Martin Faber, Tischler, geb. 1. 11. 46 zu Rosen.
- 323609 Heinrich Hoffmann, Tischler, geb. 21. 9. 66 zu Oberauerbach.
- 324368 Paul Ulrich, Tischler, geb. 14. 2. 64 zu Dresden.
- 341722 Adolf Awialowski, Tischler, geb. 7. 9. 82 zu Danzig.
- 349629 Jakob Vogen, Tischler, geb. 20. 8. 88 zu Köln.
- 361774 Albert Warrack, Tischler, geb. 9. 5. 89 zu Königsberg.
- 455669 Karl Lorenzen, Tischler, geb. 5. 5. 88 zu Brauer.
- 485351 Hugo Klein, Tischler, geb. 21. 10. 99 zu Grünau.
- 575574 Josef Rühr, Tischler, geb. 20. 1. 93 zu Petershain.

Berlin S. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Dresden. Die Parzellierer verurteilten in ihrer am 1. Oktober stattgefundenen Versammlung sehr energig jene auswärtigen Kollegen, die ohne vorherige Anfrage bei der Vertretung oder am Arbeitsnachweis hier Arbeit suchen. Namenhaft Berliner Kollegen haben Arbeiten angenommen bis 40 Pf. pro Quadratmeter unter Tarif. Das trifft zu bei der Firma Schütz-Dresden und Otto Scher-Weimar. Raum hatten wir jedes Berliner Lager von Vau gehabt, so waren jetzt andere aus Berlin dort und arbeiteten wieder zu den mit der Firma in Berlin getragenen Verhandlungen, wodurch die Vertretung von uns sofort verhandelt werden ist. Wir erlauben die Kollegen dringend, überall entsprechend den Verbands-

lagsbeschlüssen zu handeln, nach denen die Arbeiten zu den am Ort geltenden Arbeitsbedingungen auszuführen sind. Es nimmt sich doch sonderbar an, wenn die Berliner Kollegen fortgesetzt als Entschuldigung ihres Tuns anführen, sie seien in Berlin infolge der Sperre des Nachweises des Berufsvereins der Parzelliergeschäfte nicht in der Lage, Arbeit zu erhalten, und in Dresden wird Arbeit weit unter dem Tariflohn ausgeführt. Die Dresdener Parzellierer erwarten, daß sich die Berliner Vertretung und Sektion mit der Sache beschäftigt, damit im Interesse des gemeinsamen Zusammenarbeitens der Lager Aufklärung geschaffen wird. Die Tarife der einzelnen Orte müssen auf jeden Fall auch von den auswärtigen Kollegen respektiert werden.

Gewewer. Die Van- und Möbelschreiner J. S. Graf, die etwa 100 Holzarbeiter beschäftigt, sucht die Löhne der Gesellen dadurch niedrig zu halten, daß sie beim Nachlassen der Beschäftigung die hochbezahlten Arbeiterkräfte entläßt und dafür junge Leute für 2,50 Mk. pro Tag einstellt. Auf den Lohnhöhen der Arbeiter aber werden nur die Stunden und die Abzüge vernachlässigt, damit der eine nicht erfährt, was der andere verdient. In diesem Betriebe sind auch die Aborts- und die Trinkwasserhältnisse recht unbefriedigend. Trotz aller Kritik ist daran aber seither nichts gebessert worden. Der Lohn steht im ganzen Orte nur auf 40 bis 45 Pf. pro Stunde, während im benachbarten Mühlhaujen schon für 22 Jahre alte Schreiner und Maschinenarbeiter 58 Pf. gezahlt werden. Nun hat unser Verband in den letzten zwei Jahren hier sehr gute Fortschritte gemacht und dürfte bei gleichbleibender Entwicklung auch bald eine Besserung der Arbeitsverhältnisse fällig sein.

Gleiwitz. In dem Möbelgeschäft Sliwa u. Sohn, hier, haben sich in der letzten Zeit Zustände herausgebildet, die uns veranlassen, dieselben der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Es sind hier nur Weizer und Polierer beschäftigt, aber nicht etwa in einer Werkstätte, sondern in einem Keller, der naß und modrig ist. Dazu sind die Kollegen fortwährend der schlimmsten Zugluft ausgesetzt und haben so permanent unter Zahnschmerz und Reizen in allen Gliedern zu leiden. Die hier beschäftigten Kollegen werden nach allen Regeln der Kunst schikaniert; früh morgens schon und auch tagsüber schaut Herr Sliwa verstoßen durchs Kellerfenster, ob unten in dem polizeiwidrigen Arbeitsraum auch tüchtig gearbeitet wird. Die Kollegen können noch so viel schreien, Herrn Sliwa dauert alles solange. Daß dieser Herr auch gar nicht daran denkt, für die verlangte Leistung auch entsprechenden Lohn zu zahlen, sei noch besonders erwähnt. Jedes Verlangen seitens der Arbeiter in dieser Hinsicht wird einfach mit Klauenschmeißen oder doch mit der Drohung damit beantwortet. Ein unorganisierter Kollege, der schon 20 Jahre dort beschäftigt ist und seine gesunden Knochen dort gelassen hat, hatte unlängst auch den Einfall, mehr Lohn zu verlangen, aber da kam er schon an. Herr Sliwa antwortete ihm: „Was, mehr Lohn wollen Sie haben? Wenn Sie nicht für 2 bis 3 Mann gearbeitet hätten, hätte ich Sie schon längst rausgeschmissen.“ Der Kollege macht sich nun seine eigenen Gedanken über das gute Herz seines Arbeitgebers, wovon er bisher ganz gerührt war. Herr Sliwa geht auch, wie sich das so gehört, im Spätsommer ins Bad; und um beruhigt zu sein, daß auch während dieser Zeit der Profit ungehindert weitergeht, muß der Geschäftsführer genau notieren, wie lange die Tischler und Weizer an den einzelnen Gegenständen arbeiten, und muß darüber seinem Chef berichten. „Sonst habe ich keine Ruhe im Bade“, sagt Herr Sliwa. Wir möchten den Kollegen raten, Herrn Sliwa überhaupt in Ruhe zu lassen, und wenn sie nach Gleiwitz kommen, einen großen Bogen um sein Geschäft herum zu machen. Wir raten das den Kollegen in ihrem eigenen Interesse und selbst auf die Gefahr hin, daß der Herr dann im nächsten Jahr nicht ins Bad, reisen kann. Die Kollegen in Gleiwitz aber müssen sich mehr um die Organisation kümmern und die Versammlungen besser besuchen, daß solchen unwürdigen Zuständen von vornherein auf den Leib gerückt werden kann.

Krefeld. In der hiesigen Vorkorbmacherei Schumacher werden regelmäßig im Frühjahr Kollegen eingestellt und sobald der Herbst kommt, vor die Tür gesetzt. Mit der ehemals in Aussicht gestellten „dauernden Arbeit“ ist es dann auf einmal nichts mehr. So sind auch jetzt bereits wieder vier von den zwölf Beschäftigten wegen Arbeitsmangels gekündigt worden, trotzdem ihnen derzeit Winterarbeit zugesichert worden war, als es sich darum handelte, die Kollegen für Ueberstunden zu gewinnen. Bei dem steten Wechsel in diesem Betriebe müssen wir fortwährend um die Einhaltung des Tarifes besorgt sein und wollen deshalb alle Kollegen vor etwaiger Arbeitsannahme sich bei der Ortsverwaltung erkundigen.

Mühlberg. (Korbmacher.) Infolge des flauen Geschäftsganges in der Gestellbranche sowie der mangelhaften Arbeitsverhältnisse überhaupt, sah sich unsere letzte Mitgliederversammlung veranlaßt, wieder ein ernstes Wort in diesen Sachen zu reden. Schon vor kurzem sahen sich die Kollegen gezwungen, bei einem Arbeitgeber dem lästigen Materialmangel entgegenzutreten. Nachdem der Beschäftigung immer flauer wurde, trat auch dieser Uebelstand wieder zutage. Aber auch das Verhalten der Kollegen trägt zum Teil mit Schuld daran, daß diesem nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten werden kann. Der Arbeitsnachweis, der von den Arbeitgebern stets benutzt wurde, wird leider von den Kollegen nicht beachtet. Dadurch bewegen sie sich eines Mittels zur Erhaltung geordneter Verhältnisse. Frage darum jeder dazu bei, daß dies in Zukunft besser wird, und der Nutzen wird sich bald zeigen. Das gilt natürlich auch für die Zureisenden. Einigen Kollegen, die sich an regelmäßige Arbeitszeit nicht gewöhnen wollen, wurde ebenfalls der Text gelesen. Werden die Zustände hier noch schlechter, könnte es unter Umständen einen Kampf kosten, diese Uebelstände zu beseitigen. Dieses zu vermeiden, ist Pflicht jedes Kollegen.

Wittenberge. Die meisten unserer Kollegen sind leider der Ansicht, mit dem Beitragszahlen ihre Pflicht dem Verbands gegenüber erfüllt zu haben; Versammlungen zu besuchen, halten sie für überflüssig. Diese Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit kann uns doch nur in unserer guten

Sache hindern, zumal es in der Singer-Nähmaschinenfabrik noch sehr schlecht aussieht mit unserem Verbande, während die Fabrikarbeiter rüstig vorwärts schreiten. Möge doch jeder Kollege seine Kräfte in den Dienst der Organisation stellen.

Zabrze D.-S. In unserem industriereichen Ort haben in letzter Zeit die Kollegen wieder in größerer Anzahl den Anschluß an den Verband gefunden. Unsere beharrliche Agitation und die Willkür der Unternehmer haben unsere Kollegen wieder aufgeschreckt. Zabrze liegt inmitten unserer vier ober-schlesischen Zählstellen Skatowitz, Königs-Hütte, Beuthen und Gleiwitz, wo die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind. In Zabrze und Umgebung aber herrschen noch wilde, zum Teil ungläubliche Zustände. Für heute wollen wir nur den Betrieb des Herrn Chrusnit in Disziplin herausgreifen. Dieser Herr glaubt mit den Gehilfen umspringen zu können, wie es ihm beliebt. Bei elf- und mehrstündiger Arbeitszeit verdienen hier Löhne von 2,50 bis 5 Mk. pro Tag verdient. Ueberstunden werden bis 9 und 10 Uhr abends gemacht, aber ohne jede Entschädigung. Für Reparaturen an Hobelbänken und Werkzeugen wird ebenfalls nichts vergütet, auch wenn solche Arbeiter einen ganzen Tag dauern. Arbeiter für das Psarramt oder das Kloster gelten als besondere Ehre und müssen von den Kollegen umjost gemacht werden. Der Werkführer des Betriebs über sich im Herabdrücken der Akkordpreise und so nebenbei auch im Puffen und Ohrfeigen der Lehrlinge und jungen Kollegen. Abgerechnet wird bei Herrn Chrusnit nur viertel- oder halbjährlich und dabei die Kollegen nach allen Regeln der Kunst über Ohr gebauen. In Oberschlesien ist für unseren Beruf fast allgemein die Kündigung durch Tarif ausgeschlossen. Im Sommer aber, wenn die Arbeitskräfte knapp sind, besteht Herr Chrusnit auf der vierzehntägigen Kündigung, und so mancher Kollege, dem die Sache dort zu bunt wurde und dem Meister den Kessel hinwarf, hat dadurch größere Geldbeträge einbüßen müssen. Solche Mißstände sind natürlich nur möglich, wenn die Kollegen unmännlich genug sind, sich das alles bieten zu lassen und den Wert des Zusammenhaltens und der Organisation nicht begreifen wollen. Das muß aber anders werden. Kollegen von Zabrze und Umgebung, schließt Euch zusammen im Deutschen Holzarbeiterverband, damit wir mit diesen wilden und unmündigen Zuständen aufräumen und in Kürze auch das erreichen können, was die Kollegen der Nachbarstädte bereits erreicht haben.

Kopot. Zum 3. Oktober hatte der christliche Holzarbeiterverband eine öffentliche Holzarbeiterversammlung einberufen. Bezirksleiter Schwatzer aus München sollte „Die verschiedenen Holzarbeiterorganisationen, ihre Aufgaben und Bestrebungen“ behandeln. Im allgemeinen schenken wir hier den Veranstaltungen der Christen wenig Beachtung, da in der Regel, außer einigen Terroristmächten und anderem Schwundel sich nichts Bedeutungsvolles dort ereignet. Weil aber der christliche Bezirksleiter Schopohl uns schon seit März die Antwort auf unseren Artikel: „Christliche Agitationsmethode“ trotz mehrmaliger Erinnerung schuldig geblieben ist, nahmen wir einmal die Gelegenheit wahr, uns öffentlich mit Herrn Schopohl auseinanderzusetzen. Ganze 18 Christen waren zur Versammlung erschienen, während von unserer Seite doppelt soviel Kollegen anwesend waren. Der Referent empfahl in seinen halbständigen Ausführungen den Anwesenden den christlichen Holzarbeiterverband, bemühete sich dessen Existenzberechtigung nachzuweisen und drückte seine Freude über das enorme Anwachsen der Mitgliederzahl aus. Besonders glaubte der Referent es unterstreichen zu müssen, daß der christliche Holzarbeiterverband genau wie seine „Konkurrenz“ die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen als Hauptzweck im Auge habe. Von den Aufgaben und Bestrebungen der anderen Organisationen, wie dies das Thema besagte, wurde weiter kein Wort verloren, als daß mit Befriedigung der Mitglieder schwund der Kirche konstatiert wurde. In der Diskussion beleuchtete der Kollege Spill die „enorme“ Entwicklung des christlichen Holzarbeiterverbandes im Gegensatz zu unserer Organisation sowie die Motive zur Gründung der christlichen Verbände und deren Agitationsmittel. Dann kam er auch auf die Geyer'sche Angelegenheit zu sprechen. Dieses brachte natürlich Herrn Schopohl ganz aus dem Sauschen. Er verdröhte nach bekanntem Manier die ganze Sache und begründete sein langes Schweigen mit der Rücksicht, die er bisher genommen habe. Er habe aber bereits einen Artikel nach seiner Zeitung geschickt, und in der nächsten Nummer würde die volle Wahrheit zu finden sein. Schopohl sowie der Referent hielten es dann auch für ganz selbstverständlich, daß die Geistlichen ihre Gläubigen der „richtigen“ Organisation zuführen. Die versprochene Aufklärung über Geyer hat nun auch diese Versammlung nicht gebracht, das inzwischen erschienene christliche Verbandsorgan aber auch nicht!

Unsere Lohnbewegung.

In Anklam haben die Tischler und Polierer vor einiger Zeit in den drei größten Möbelwerkstätten Forderungen eingereicht. In der einen Werkstätte wurde durch Verhandlungen eine Einigung erzielt. Bewilligt wurde Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden sofort und 1915 auf 56 Stunden, Lohnerhöhung jetzt 4 Pf. und 1915 2 Pf., Minimallohn jetzt 38 Pf., 1915 40 Pf. In einer anderen Werkstätte wurde über die Akkordtarife eine Einigung erzielt, jedoch über die allgemeinen Forderungen noch nicht. Es ist aber zu hoffen, daß es hier zu einer Verkürzung kommt. In der Möbelfabrik Oldenburg hat sich der Arbeitgeber auf keinerlei Verhandlungen eingelassen. Er will mit dem Holzarbeiter-Verband nichts zu tun haben, trotzdem er schon lange hätte einsehen müssen, daß er ohne organisierte Arbeiter doch nicht auskommt. Da Herr Oldenburg drohte, sämtliche organisierte Kollegen rauszuschmeißen, so zogen es diese lieber vor, von selbst die gütliche Stätte zu verlassen. Positiv kommt der Herr doch noch zu der Überzeugung, daß es besser ist, mit der Organisation Frieden zu schließen. Bis jedoch diese bessere Einsicht Platz greift, möchten wir die Kollegen allerorts ermahnen, den Zugang nach hier streng fernzuhalten.

In Bremen stehen seit Anfang September die Arbeiter und Arbeiterinnen der Stuhlrohfabriken Papendiek und Freese u. Co. im Streit. Beide hatten es derzeit abgelehnt, über die Forderungen der Arbeiter zu verhandeln, während andere Firmen dieser Branche in Vergeedorf, Farge und Harburg mit sich reden lassen wollten. Anfang Oktober ist nun mit der Firma Menke u. Schulz in Bremen eine Verständigung auf der Grundlage erfolgt, daß die Arbeitszeit von 68 1/2 Stunden die Woche auf 66 herabgesetzt wird, sowie daß bestimmte Lohn- und Akkordzulagen gewährt werden. Bei den beiden bestreikten Firmen dauert jedoch der Kampf noch fort.

In Gumben ist nach zwölfwöchigen Kampfe die Lohnbewegung der Möbelschleifer erfolgreich beendet. Bei einer 3 1/2-jährigen Vertragszeit steigt der Lohn von 45 auf 52 Pf. pro Stunde bei einer Arbeitszeitverkürzung von 60 auf 57 Stunden pro Woche. Der Vertrag dauert bis zum 1. April 1916. Der Lohn steigt sofort um 2 Pf. pro Stunde. Am 1. April 1913 tritt eine Erhöhung um 3 Pf. ein, am 1. April 1914 und 1915 eine solche um je 1 Pf., so daß insgesamt eine Lohnerhöhung um 7 Pf. die Stunde erfolgt neben einer Arbeitszeitverkürzung um drei Stunden die Woche. Bis zum 1. April 1913 beträgt die tägliche Arbeitszeit noch zehn Stunden, von da ab 9 1/2 Stunden.

In Hamburg ist die Lohnbewegung der Vergolder nunmehr mit einem vollen Erfolg beendet. Nachdem vier Firmen einen zweijährigen Tarifvertrag abgeschlossen hatten, ist es nun nach mehrmaliger Verhandlung auch gelungen, die Forderungen bei Vahr u. Gerken in Altona durchzusetzen. Durch den Abschluß des Vertrages wird für die Goldleistenindustrie in Hamburg die 52stündige Arbeitswoche erreicht. Ein Mindestlohn von 57 bzw. 50 Pf. pro Stunde wird den Arbeitern gesichert. Neben Regelung der Aufschläge für Ueberstunden, Akkordarbeit treten noch weitere kleine Verbesserungen ein. Nach sechsjähriger Zugehörigkeit zum Holzarbeiterverband hat nun auch diese Branche den Grundstein zu einer ständigen Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gelegt. Nun liegt es an der Arbeiterschaft, dieser Branche durch dauernde Zugehörigkeit zur Organisation die Erfolge aufrechtzuerhalten.

In Reudetha bei Worf i. Vogtl. erreichten die Pithermacher der Musikinstrumentenfabrik Bauer durch Verhandlungen die Herabsetzung der Arbeitszeit von 60 auf 50 Wochenstunden nebst 5 Proz. Akkordzuschlag und 5 bis 7 Pf. Erhöhung der Stundenlöhne. Der Arbeiterauschuß schloß mit der Betriebsleitung einen einjährigen Vertrag ab.

In Neunkirchen bei Laus streifen die Drechsler und Hilfsarbeiter. Drei Drechsler und drei Hilfsarbeiter sind stehen geblieben. Weil nun ein christlicher Holzarbeiter mitstreift, können die Streikbrecher doch nicht gut in dessen Verband aufgenommen werden, dafür aber im Christlichen Kernarbeiterverband. Aller Vorhalt prallt an den Musterchristen ab. Die Werkkraft ist auf das tiefste gesunken; ein ehrlich denkender Mensch kann sich einer solchen Organisation niemals anschließen, deshalb ist ihnen kein Mittel zu schlecht dazu, wenn sie nur ihren Zweck erreichen.

In Schweinfurt ist die Lohnbewegung der Schreiner nach achtstägigen Streit durch Abschluß eines Tarifvertrages, der 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung, 6 Pf. Lohnerhöhung bringt, beendet worden. Wenn es allerdings nach einigen Indifferenten und den hier Christlichen gegangen wäre, hätten wir mit weniger Vorliebe nehmen müssen. Bei Schreinermeister Willhofer haben zwei indifferenten und ein christlich organisierter Holzarbeiterverbändler nicht nur ihr gegebenes Wort ihren Kollegen gegenüber gebrochen, sondern sie haben noch andere Schreiner herangezogen, die dann im katholischen Gesellenhaus untergebracht wurden. So vertreten die Christlichen ihre Berufsinteressen. 45 Schreiner und Majer sollen erst vier christliche Holzarbeiter fragen, was sie fordern sollen, sonst dürfen sie nicht mitmachen. Handelt es sich doch hier wirklich nicht um eine „nennenswerte Zahl“ Christlicher, für die man die Notwendigkeit vorheriger Verkürzung anzuerkennen vermöchte. Der Zweck ist hier auch vielmehr nur, Streikbrecher zu organisieren, um damit den christlichen Holzarbeiterverband zu stärken, wie in Mothenburg.

In Striegau hat die Arbeiterschaft der Stuhlfabrik ihre Kündigung für den 19. Oktober eingereicht. Der alte Tarifvertrag ist dort am 1. Oktober abgelaufen und waren für einen Neuaufschluß nennenswerte Verbesserungen nicht zu erzielen. Der Betriebsinhaber erklärte immer wieder, wegen der Konkurrenz nichts zulegen zu können, dabei beschwerten sich gerade die ausständigen Unternehmer bei Verhandlungen immer wieder über die Unterbietung seitens der hiesigen Fabrik. Es liegt also viel mehr an dieser selbst, auf anständige Verkaufspreise zu halten. Die Kollegen fordern jetzt für eine vierjährige Vertragsdauer die Herabsetzung der Arbeitszeit von 59 auf 55 Stunden die Woche, 5 bis 10 Proz. Zulagen auf die Akkordpreise und stufenweise Erhöhung der Stundenlöhne für die einzelnen Branchen bis zu insgesamt 8 Pf., also gewiß nichts Unmögliches. Es liegt jetzt an den Kollegen, alles daran zu setzen, um ihrer Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen. Da der größte Teil der Arbeiter organisiert ist, ist es bei einiger Energie ein Leichtes, die Forderungen durchzudrücken. Striegau ist so lange zu meiden, bis die Forderungen der Kollegen erfüllt sind.

In Wals haben die im Beisein von Vertretern der beiderseitigen Zentralvorstände gepflogenen Verhandlungen nach zweitägiger Dauer zu einer Verständigung geführt. Die Arbeitszeit wird am 1. April 1913 auf 55 1/2 und am 1. April 1914 auf 54 1/2 Stunden pro Woche verkürzt. In beiden Terminen erhalten die Lohnarbeiter außer dem Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung eine Lohnerhöhung, und zwar: diejenigen mit einem Wochenverdienst bis zu 30 Mk. je 3 Proz. und die über 30 Mk. je 2 Proz. Lohnerhöhung. Für die Akkordarbeiter mußte die Frage des Ausgleichs der freien Vereinbarung überlassen bleiben. Sämtliche Streitenden werden wieder eingeteilt, Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Die Arbeitsaufnahme hat bereits am 14. Oktober stattgefunden.

Ausland

In England endete die Aussperrung der Möbelarbeiter in Liverpool und Manchester mit einem Siege der Arbeiter. Unter dem Voritz von Lord Derby kamen die Vertreter beider Parteien in einer dreitägigen Konferenz zu einer Einigung, die Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung brachte. Die Arbeitszeit wurde verkürzt in Manchester auf 51 und in Liverpool auf 52 Stunden für alle Engroseschäfte. (In den besseren Werkstätten besteht eine kürzere Arbeitszeit.) In einzelnen dieser Engroseschäfte bestand vorher noch eine Arbeitszeit von 54, 56, ja 60 Stunden, so daß die einheitliche Regelung der Arbeitszeit auf 51 resp. 52 Stunden ein bedeutender Fortschritt ist. Für alle beteiligten Branchen, wie Tischler, Polierer, Maschinensarbeiter, Stuhlmacher, Bildhauer, Tapezierer, Glasarbeiter und Hilfsarbeiter wurden Minimallohne festgelegt. Am 28. September, nach mehr als zwanzigwöchigen Kampfe, nahmen die Arbeiter soweit wie möglich die Arbeit wieder auf.

Die Londoner Lohnbewegung kam am 4. September ohne Streit zum Abschluß. Es wurde eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde zum Minimallohn für alle Möbelschleifer zugestanden, während die Stuhlmacher und Maschinensarbeiter von dieser Lohnerhöhung ausgeschlossen bleiben, die aber trotzdem in einer Anzahl Betriebe diesen Lohn erhalten. Die geforderte Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden (auf 48) lehnten die Unternehmer ab. Im Hinblick auf die durch die monatelange Aussperrung in Manchester und Liverpool geschwächten Massen wollten es die Möbelarbeiter aber nicht auf einen Kampf antommen lassen und verschoben ihre Forderung auf eine spätere Zeit. Da aber die Bautischler schon vor mehreren Monaten eine Arbeitszeitverkürzung auf 48 Stunden durchgesetzt haben, werden in Zukunft die Möbelarbeiter in den gemischten Betrieben ebenfalls nur 48 Stunden arbeiten. C. W.

Aus der Holzindustrie.

Kampfbereitungen.

Der Schuberband rüstet eifrig zum bevorstehenden Kampf. In Berlin finden eine Reihe von Versammlungen statt, die von der Tischlerinnung veranstaltet werden und dem Zweck dienen, dem Arbeitgeberverband Mitglieder zuzuführen. Ueber den Verlauf einer solchen Versammlung berichtet die „Fachszeitung“. Hiernach referierte zunächst Herr Mahard über die Leistungen der Innungen zur Hebung des Handwerks. Hiernach kam der Hauptpunkt, ein Referat des Herrn Fobbe zu der Frage: „Wie stellen wir uns zu der vom Holzarbeiterverband beschlossenen Kündigung unseres Vertrages und dessen Erneuerung?“. Interessant ist der von der Arbeitgeberversammlung einstimmig gefasste Beschluß, die Kündigung des Vertrages möge erfolgen nicht etwa zur Verschlechterung der in demselben enthaltenen Bedingungen, sondern zwecks Ausmerzung von Härten und unerkannten Schäden, die in demselben enthalten sind. Was diese Redemendung zu bedeuten hat, bedarf keiner weiteren Erläuterung, und vollends die daran geknüpften Mahnung, daß alle Kollegen sich nicht mit der Zugehörigkeit zur Innung begnügen und auch noch schlenunig sich dem zuständigen Arbeitgeberverband anschließen sollten, macht es klar, auf was die Agitation abzielt. Selbstverständlich machen wir dem Arbeitgeberverband keinen Vorwurf aus der von ihm betriebenen Agitation. Wir halten es aber für möglich, daß unsere Kollegen sich an dem Eifer der Unternehmer ein Beispiel nehmen. Die Werbearbeit für den Deutschen Holzarbeiterverband muß jetzt mit ganz besonderem Eifer betrieben werden, damit wir bei den bevorstehenden Vertragsverhandlungen nicht ins Hintertreffen geraten.

Aus dem Versammlungsbericht ist auch der Punkt ersichtlich, auf welchen die Arbeitgeber ihren Hauptangriff richten wollen, das Obligatorium des Arbeitsnachweises wollen sie beseitigen, und die Rede, die der Dr. Freund auf dem kürzlich in Hamburg gehaltenen Arbeiternachweiskonferenz über das „blöde Nummernsystem“ gehalten hat, soll ihnen für diesen Zweck Waffen liefern. Was hierzu zu sagen ist, hat schon unser Kollege Leipart auf dem Kongress selbst in knapper Form ausgeführt. Darüber wird aber noch weiter zu reden sein, wenn die Arbeitgeber an die Durchführung ihrer Beschlässe gehen. Sie haben nämlich einstimmig beschlossen, „dabim zu wirken, daß ein verständiger, gemeinsamer Arbeiternachweis in paritätischer Form beibehalten werde, bei dem, falls vom Nachweis passende Leute nicht zu haben sind, mittels Annonce resp. auf Rekommandation der Werkstattgehilfen um solche gesucht und eingestellt werden können“. Alle diese Andeutungen lassen darauf schließen, daß man im Lager der Arbeitgeber große Pläne verfolgt, die man vorläufig noch unter harmlos scheinenden Worten zu verbergen sucht. Unseren Kollegen kann angeichts dessen nur immer wieder zugerufen werden: Rüstet!

Warum denn nicht? Der christliche „Holzarbeiter“ bringt in seiner letzten Nummer unmittelbar hintereinander zwei Notizen, in welchen die „Holzarbeiter-Zeitung“ angerempelt wird. In beiden Fällen wird die Frage aufgeworfen, ob wir wohl unseren Lesern von den in Betracht kommenden Dingen Kenntnis geben werden, und das wird in Zweifel gezogen, weil es sich um Erklärungen für Geistliche handelt. An sich ist es ein Zeichen für die im christlichen Organ herrschende Geistesarmut, daß an die beiden Notizen die gleiche Bemerkung geknüpft wird; wir nehmen deshalb dem armen Schädler, der sich mit so unzulänglichen Mitteln auf das Glatteis der Fokemil begibt, die Unterstellung, die er uns macht, nicht weiter bel. Er befindet sich auch sehr im Frrum, wenn er glaubt, daß wir das Fegen gegen die „Pflaster“ als besondere Spezialität

betreiben. Im Gegenteil, wir erkennen ein anständiges und würdiges Verhalten von Geistlichen jeder Konfession ganz gern an, wo wir dazu Gelegenheit haben. Allerdings erschweren wir nicht in Demut vor dem geistlichen Aeid, und wir werden uns nicht genieren, einen Priester, der sich „pfäffisch“ benimmt, auch einen „Pfaffen“ zu nennen.

Im vorliegenden Fall handelt es sich einmal um die Mitteilung von der Beendigung des Streiks in Dannerberg. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hatte berichtet, daß durch Vermittlung von dritter Seite eine Verständigung zustande gekommen sei. Der Christ treibt es uns nun an, daß wir verschwiegen hätten, diese „dritte Seite“, sei der dortige Superintendent gewesen. Die Erklärung für diese angebliche Unterlassungssünde ist doch aber so naheliegend, daß auch das beschränkte Verständnisvermögen des christlichen „Holzarbeiter“ ausreichte, um sie zu verstehen: die Redaktion hat einfach von der Mitwirkung des evangelischen Geistlichen beim Friedensschluß keine Kenntnis gehabt. Inzwischen haben wir uns erkundigt und erfahren, daß sich der Superintendent tatsächlich wiederholt zur Vermittlung angeboten habe. Diese Vermittlung wurde schließlich angenommen. Daß die Mitwirkung des Zeitgeistlichen in der Mitteilung an die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht erwähnt wurde, entsprach den Wünschen dieses Herrn, der anscheinend seine Aufgabe anders auffaßt, als so viele seiner Amtskollegen, die sich meist sorgfältig hüten, sich um die Erhaltung oder die Wiederherstellung des sozialen Friedens zu bemühen aus Furcht, mit solchem Wirken bei den allmächtigen Scharfmachern Anstoß zu erregen.

Die Darstellung des „Holzarbeiter“, in der es heißt: „Auf wiederholtes Bitten der „Genossen“ ließ sich der Herr Superintendent herbei, die Fürsprache zu übernehmen“, ist unklar. Das hat sich der Verfasser der Notiz aus seinen christlichen Fingern gegogen. Er erweist sich damit als würdiger Schüler des Jesuiten Chiandano, der in seinem auch vom Papst „voll gebilligten“ Buche „Der katholische Journalismus“ unter anderem lehrt: „Gehört der arrogante Segner der Kirche geht keine Beschimpfung über das erlaubte Maß hinaus, wenn sie nur ihrem Zweck entspricht.“ Um allerdings seinen Zweck zu erreichen, hätte der gute Christ seine Aufgabe klüger anstellen müssen.

Die zweite Anlage des christlichen „Holzarbeiter“ bezieht sich auf die Notiz mit dem Stichwort: „Wer dem Armen das Brot nimmt“ in Nr. 32 der „Holzarbeiter-Zeitung“. Dort war erwähnt worden, daß eine Wäldermeisterfrau vor dem Schöffengericht zu Medlinghausen beschworen habe, daß während des Bergarbeiterstreiks ein katholischer Geistlicher in ihr Geschäft gekommen sei und sie zu veranlassen versucht habe, an die Streikenden kein Brot mehr zu liefern. Die Richtigkeit dieser Behauptung bestritt der „Holzarbeiter“ nicht, er erzählt aber weiter, daß der Bergmann, der wegen Verbreitung dieser Behauptung von einem bestimmten Geistlichen wegen Verleumdung verklagt worden ist und vom Schöffengericht freigesprochen wurde, in der Berufungsinstanz vom Bodumer Landgericht zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Die Behauptung sollte sich auf „erlogenes Weibergeschwätz“ gestützt haben. Dem Rumor des christlichen „Holzarbeiter“, auch von der zweiten Verhandlung Notiz zu nehmen, glauben wir hierdurch Rechnung getragen zu haben; wir wollen aber noch hinzufügen, daß nach unserer Information der Unterschied in der Aussage der fraglichen Wäldermeisterfrau darin bestand, daß sie vor dem Schöffengericht aus sagte, ein Geistlicher habe die fragliche Verurteilung getan, während sie vor dem Landgericht ihre Aussage dahin einschränkte, daß sie nicht wisse, ob der Betreffende wirklich ein Geistlicher war, er habe aber das Vergehen eines Geistlichen gehabt, doch sei es möglich, daß es ein Kollekant war.

Der christliche Blätter hat sich nun hoffentlich davon überzeugt, daß seine Zweifel unbegründet waren. Wir wußten auch nicht, was uns hindern sollte, Irrtümer, die uns etwa unterlaufen sind, richtigzustellen. Die unanständigen Lehren des oben erwähnten Jesuiten gelten doch nicht für die anständige Presse, nur die christlichen Blätter müssen sich danach richten, und der christliche „Holzarbeiter“ tut es mit mehr Eifer als Gehärd.

Um die Einführung der vierjährigen Lehrzeit hat der Verband sächsischer Tischlermeister beim Ministerium des Innern petitioniert. Dieses hat die Gewerbestammern des Landes zur Abgabe von Gutachten aufgefordert. Die Kammer in Plauen, Zittau und Leipzig haben sich gegen die vierjährige Lehrzeit ausgesprochen. Auch die Chemnitzer Gewerbestammer ist gegen die obligatorische Einführung der vierjährigen Lehrzeit allein für das Tischlergewerbe, dagegen würde sie die Lehrzeitverlängerung ablehnen, wenn sie für alle Handwerke eingeführt würde. Nur bei der Gewerbestammer Dresden hat der Verband der Tischlermeister Gegenstücke gefunden. Es darf dabei wohl erwartet werden, daß es bei dem künftigen Zustand bleibt. Die Gründe, welche die sächsischen Tischlermeister ins Feld führen, um sich für längere Zeit billige Arbeitskräfte zu sichern, sind auch sehr jedwedenartig.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegungen im Jahre 1911.

Der Umfang der Lohnbewegungen hat sich in Deutschland im Jahre 1911 auf der Höhe des Vorjahres gehalten, das bekanntlich eine ganz erhebliche Steigerung der Beteiligten herbeigeführt hatte. Genau genommen weist das Jahr 1911 zwar ein Weniger von 30 Bewegungen und 11669 Beteiligten gegen 1910 auf, doch ist dieses in Anbetracht der großen Gesamtzahl vernachlässigbar.

Ein interessantes Zeichen von dem steigenden Einfluß der Gewerkschaften in die Lohnfrage, das im Berichtsjahre ein noch größerer Prozentsatz der Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung zum Abschluß gebracht werden konnte. Es waren dies diesmal 69,9 Proz. aller Bewegungen mit 67,9 Proz. aller Beteiligten. Diese Tatsache drückt auch alle Jahr länger, die immer noch das alte alte Märchen nachhersagen, daß die Arbeiter nur aus Freude am Streiken von dieser Seite Gebrauch machen.

Im Jahre 1911 wurden insgesamt 670 Bewegungen geführt, an denen 1 011 000 Personen beteiligt waren. Davon entfielen 676 mit 656 416 Beteiligten ohne Arbeits-

einstellung, während es in 2914 Fällen mit 325 253 Beteiligten zum Streik oder zur Aussperrung kam. Von den einzelnen Gewerkschaften sind am stärksten die Metallarbeiter beteiligt. Sie hatten 1704 Lohnbewegungen mit 227 845 Beteiligten zu verzeichnen. Dann folgten die Gemeindegewerkschaften mit 375 Bewegungen und 123 528 Beteiligten, von denen aber nur 615 zur Arbeitsniederlegung greifen mußten, und die Transportarbeiter mit 989 Bewegungen und 104 041 Beteiligten, dabei 16 529 Streikende und Aussperrte. Während sich bei den Bergarbeitern, Buchdruckerhilfsarbeitern und Porzellanarbeitern sämtliche Bewegungen in der Form von Streiks und Aussperrungen abwickelten, haben die Lagerhalter nur Bewegungen ohne Arbeitsniederlegungen zu verzeichnen. Die offenen Kämpfe sind aber auch bei einigen anderen Verbänden gegenüber dem friedlichen Bewegungen fast ganz zurückgetreten. Außer bei den schon oben erwähnten Gemeindegewerkschaften trifft dies insbesondere bei den Handlungsgehilfen mit nur 30 Streikenden und 3442 an friedlichen Bewegungen Beteiligten, den Sattlern mit 685 zu 10 334, den Buchbindern mit 1567 zu 13 013 und den Brauereiwirtschaftsarbeitern mit 3310 zu 18 373 zu. Im Bergarbeiterverband ist die einzige Organisation, die im Berichtsjahre keine Lohnbewegungen aufzuweisen hat, da ein Streik mit sechs Beteiligten kaum als solcher zu betrachten ist.

Von den 6750 Bewegungen ohne Arbeitsniederlegung, die 1911 stattfanden, wurden 5868 mit 662 425 Beteiligten unternommen, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, und 888 mit 23 001 Beteiligten dienten der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Vollen Erfolg hatten von den Angriffsbewegungen 4514 = 76,4 Proz. und von den Wehrbewegungen 445 841 gleich 67,3 Proz. Abwehrbewegungen waren 706 gleich 79,5 Proz. erfolgreich.

Die Angriffsstreiks weisen gegenüber dem Jahre 1910 sowohl an Zahl wie an Umfang eine wesentliche Steigerung auf. Es wurden solcher 1705 mit 169 657 Beteiligten (1910: 110 613) gezählt, eine Ziffer, die seither nur vom Jahre 1905 mit seinem Riesensturm der Bergarbeiter überholt worden ist. Unter den Forderungen steht die Lohn-erhöhung mit 840 Fällen an erster Stelle, nur Arbeitszeitverkürzung wurde in 50 Fällen gefordert, während man 644 mal beides zugleich zu erreichen suchte. Von den Angriffsstreiks endeten 1096 mit einem vollen und 283 mit einem teilweisen Erfolg.

Auch die Zahl der Abwehrstreiks ist gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Sie erreichte jetzt 1002 mit 42 239 Beteiligten. In 373 Fällen wurde gegen Lohnreduzierung, in 34 Fällen gegen Arbeitszeitverlängerung und in 285 gegen Maßregelung von Personen gekämpft. Bezeichnend für das verhärtete Gesicht der Unternehmer nach vermeintlich gescheiterten Schrit gegen den „Terrorismus der Arbeiter“ ist, daß in 27 Fällen sich die Arbeiter durch einen Streik gegen den Raub des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes seitens der Unternehmer wehren mußten. In 670 Fällen gelang es für 23 508 Personen, durch Arbeitsniederlegung die beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich abzuwehren. In 97 Fällen war dieses nur teilweise möglich und 207 Streiks blieben erfolglos.

Die Aussperrungen bilden der Zahl nach den geringeren Teil der wirtschaftlichen Kämpfe; sie fallen aber dabei erheblich ins Gewicht durch die Massen der davon betroffenen Arbeiter. Im Jahre 1911 wurden 207 Aussperrungen vollzogen, von denen 113 357 Personen, also reichlich ein Drittel aller an den Kämpfen beteiligter Gemeindegewerkschaften betroffen wurden. 88 Aussperrungen erfolgten wegen eines Angriffsstreiks und 46 wegen Forderungen der Arbeiter. Auch bei den Aussperrungen finden wir 14 Fälle, in denen die Unternehmer den Austritt aus der Organisation zu erzwingen suchten. Von den Aussperrungen schloßen 66 mit vollem und 47 mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter, für 62,1 Proz. der Beteiligten ist voller oder teilweiser Erfolg erzielt worden.

Von den gesamten Bewegungen waren 7046 = 72,9 Prozent mit 585 575 Beteiligten = 57,9 Proz. erfolgreich und 1701 = 17,6 Proz. mit 294 293 Beteiligten = 29,1 Proz. teilweise erfolgreich, ein Verhältnis, das ungefähr dem des Vorjahres gleich kommt. Der Erfolg der Lohnbewegungen des Jahres 1911 äußert sich in einer Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2,6 Wochenstunden für 293 316 Personen und einer Lohn-erhöhung von durchschnittlich 1,79 Mk. pro Woche für 502 066 Personen. Der größte Anteil der Ertragsmehrschaften entfällt auf die Bewegungen ohne Arbeitsniederlegung. Es wurde bei diesen erreicht: für 207 583 Personen zusammen eine Arbeitszeitverkürzung von 534 981 Stunden und für 469 009 Personen zusammen eine Lohn-erhöhung von 799 063 Mk. pro Woche. Dagegen haben bei den Arbeitskämpfen erreicht: 85 733 Personen zusammen eine Arbeitszeitverkürzung von 225 610 Stunden und 123 057 Personen zusammen eine Lohn-erhöhung von 239 531 Mk. pro Woche.

Tarifverträge wurden insgesamt 3499 für 204 481 Personen abgeschlossen, also für rund 2/10 aller an Lohnbewegungen Beteiligten. Nicht unterschiedlich ist dabei die Beteiligung der einzelnen Berufsgruppen. Während zum Beispiel unser Verband für etwa 1/3 der an Lohnbewegungen Beteiligten Verträge abschloß, brachten es die Verbände der Fabrikarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter nur auf 1/4 bis 1/5, die Gemeindegewerkschaften auf 1/10 der Beteiligten. Demgegenüber haben aber die Dachdecker, Steinsetzer, Stuckateure, Glaser, Tapezierer, Sattler und Buchbinder fast alle Beteiligten unter Tarifverträge gebracht. Nach den Berufsgruppen geordnet ergibt sich, daß neben dem graphischen Gewerbe vor allem die Holzindustrie und dann auch das Baugewerbe einer tariflichen Regelung zugänglich ist, während Metallindustrie, Handels- und Transportgewerbe, wie die keramischen Gewerbe sich verweigern noch ablehnen verhalten.

Gegenüber den Erfolgen, die allein einem haren jährlichen Mehrverdienst der beteiligten Arbeiterjährling von rund 3 Millionen Mark repräsentieren, stehen nun 16 272 713 Mark, von denen auf Streiks 10 241 365 Mk. und 5 821 641 Mark auf die Aussperrungen entfallen. Außer dem durch die Streikunterstützung gedeckten Teil haben nun aber die kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen noch rund 11 1/2

Millionen Mark Verdienstmehrsatz gehabt. Ein Blick auf die obige Summe ergibt aber, daß der Erfolg die gebrachten Opfer reichlich aufgewogen hat, gar nicht zu gedenken des hohen Wertes der außerdem gewonnenen Arbeitszeitverkürzung.

Nun wird freilich die Freude über diese gewerkschaftlichen Erfolge etwas vermindert durch die Tatsache, daß manche schwer erkämpfte Lohn-erhöhung wieder teilweise zurückgefallen ist durch dauernd steigende Lebensmittelpreise. Hier darf man aber nicht vergessen, daß diese Steigerung ohne dies geschehen wäre und die Arbeiter ihr ohne Gewerkschaften machtlos gegenüber gestanden hätten, während sie jetzt berechtigterweise zum Anlaß von Lohnforderungen machen können.

Im Bauarbeiterverband wird die Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung geplant. Der Verbandsvorstand hat sich mit den Bauvorstehern über eine Vorlage geeinigt, die im „Grundstein“ veröffentlicht wird; zur Beschlußfassung ist die Einberufung eines Verbandstages für Mitte Januar nächsten Jahres in Aussicht genommen. Dem Umstand, daß das Baugewerbe regelmäßig im Winter mit einer sehr starken Arbeitslosigkeit zu rechnen hat, will man in der Weise Rechnung tragen, daß zunächst in den Monaten Januar und Februar keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird. Es soll von den praktischen Erfahrungen abhängig gemacht werden, ob später die Unterstützung allmählich auch auf diese zwei Monate ausgedehnt werden kann. Der Geldbedarf für die Unterstützung wird in normalen Jahren bei dem jetzigen Mitgliederstand auf rund drei Millionen Mark geschätzt. Der gegenwärtige Vermögensstand des Verbandes soll aber hierfür nicht verwendet werden, der Grundstock soll vielmehr durch eine Beitragserhöhung aufgebracht werden.

Das Unrecht auf Unterstützung soll durch eine zweijährige Mitgliedschaft erworben werden. Die Unterstützung richtet sich nach der Beitragshöhe und der Dauer der Mitgliedschaft. Es sind 6 Beitragsklassen mit Beiträgen von 40 bis 90 Pf. vorgesehen. Die Krankenunterstützung, die bis zur Höchstdauer von 12 Wochen gewährt wird, beträgt in der niedrigsten Beitragsklasse nach zweijähriger Mitgliedschaft 40 Pf., nach 4 Jahren 45, nach 6 Jahren 55 Pf. und nach 8 Jahren 65 Pf. täglich. In der höchsten Beitragsklasse steigen die Tagesätze in der gleichen Weise von 80 auf 90, 100 und 110 Pf. Die Höchstdauer für die Arbeitslosenunterstützung ist auf acht Wochen im Jahre angenommen. Die Tagesätze betragen in der untersten Klasse 75, 90, 105 und 120 Pf., in der höchsten Klasse 140, 155, 170 und 185 Pf.

Dem Verbandsrat, der über diese Frage entscheiden soll, werden noch weitere Anträge des Vorstandes auf Abänderung des Statuts unterbreitet werden, die sich auf die Einrichtung von Jugendabteilungen, Versicherung usw. beziehen. Er wird also für die Entwicklung der Organisation von außergewöhnlicher Bedeutung sein.

Schutz des Koalitionsrechtes gegen polizeiliche Übergriffe. Unsern Behörden sitzen die Anschauungen des Feudalstaates noch so fest in den Köpfen, daß sie es als eine Auflehnung gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit betrachten, wenn Arbeiter an ihre Unternehmer mit Forderungen herantreten oder gar zu deren Durchführung die Arbeit einstellen. Der Geist des seligen Pustkämmer, der hinter jedem Streik die Hydra der Revolution sah, ist in den maßgebenden Kreisen noch sehr lebendig. Das macht das Verhalten der Polizeibehörden bei Streiks, das dem weissen friedlicher Streikposten die Freiheitsglocke in dem Verjenden vom Strafmandat, die Verfolgungsmut der Staatsanwälte gegen angebliche und wirkliche Streikführer, die Revokation der Verurteilung bei der Beurteilung von Streikvergehen usw. nur zu erklärlich. Empörend ist es besonders, daß sich die Behörden bei diesen Schikanen den Anschein strengster Objektivität geben, während ihr ganzes Tun und Lassen offensichtlich darauf gerichtet ist, den Vorteil der Unternehmer wahrzunehmen. Wie die Polizeibehörden ihre Aufgabe beim Streik in Wirklichkeit auffassen, zeigt der nachstehende, natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmte, gewesene Befehl, der einem Oberleutnant anlässlich des Streiks der Holzplazarbeiter in Rüst zuging:

U. R. Insterburg, 4. 9. 12.
Dem Fußwächter Penzki.

Sie werden hiermit nach Rüst zur Unterdrückung eines Streiks kommandiert. Meldung beim Oberwachmeister Behling in Splittter. Karabiner mitzuführen. Eintritt des Kommandos sofort nach Empfang dieses Befehls. Ihre Vertretung übernimmt der berittene Wachtmeister Grölich.

Pierzkowski, Oberwachmeister.

Ob der wackere Oberwachmeister Pierzkowski dem Befehl zur Unterdrückung eines Streiks aus eigenem Ermessen gegeben hat oder ob diese Anweisung bereits in der ihm von seiner vorgesetzten Behörde gegebenen Instruktion enthalten war, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls zeigt dieses Dokument, wie notwendig es ist, daß den Polizeibehörden bis in die höchsten Stellen hinauf Gesetzkennntnis beigebracht wird. So schwer es den Herrschaften auch fällt, so müssen sie doch daran gewöhnt werden, auch die gesetzlichen Rechte der Arbeiter zu respektieren.

Sind Gewerkschaften politische Vereine? Die Bemühungen der Polizei, die Gewerkschaftszustellen als politische Vereine zu stempeln und sie den beschränkten Bestimmungen des Vereinsgesetzes zu unterstellen, nehmen ihren Fortgang. Gefordert werden die Bestimmungen allerdings durch einige merkwürdige Gerichtsbeschlüsse. Die Auflegungsinstanz der Gerichte dürfen die Betroffenen natürlich nicht hindern, sich energisch gegen die Schikanen zur Wehr zu setzen. Jetzt ist die Magdeburger Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes als Objekt auszuheben worden. Dem Bevollmächtigten ist folgendes Schreiben vom Polizeipräsidenten zugegangen:

Die von Ihnen geleitete Verbandsstelle Magdeburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist nach dem Statut und ihrer Tätigkeit ein selbständiger Verein und fällt unter die Bestimmungen des § 3 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908, da sie nach ihrer Tätigkeit auch eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten be-

zweckt. Sie werden deshalb auf Grund des § 8 Absatz 2 des Reichsvereinsgesetzes aufgefordert, mit innerhalb zweier Wochen nach Zustellung dieser Aufforderung die Sakung der Verwaltungsstelle, sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes nach Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung einzureichen.

Für den Fall Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird auf Grund des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1888 die Festsetzung einer Geldstrafe von 30 Mark, an deren Stelle im Nichterfüllungsfall drei Tage Haft treten, hienmit angedroht.

Gegen diese Verfügung sind die Rechtsmittel der Beschwerde oder der Klage im Verwaltungsstreitverfahren zulässig. In Vertretung: von Koepfer.

Diesem unberechtigten Verlangen wird natürlich keine Folge gegeben werden, und es bleibt abzuwarten, ob die Polizei ihre Drohungen wahr macht. In diesem Fall werden dann die Gerichte zu entscheiden haben.

Soziale Rechtspflege.

a- Zur Bewertung ärztlicher Gutachten. Das ärztliche Gutachten spielt in der sozialen Fürsorge eine hervorragende Rolle. Ob ein Arbeiter an die Kranken-, Unfall- oder Invaliditätsversicherung Ansprüche zu stellen hat, immer ist das Gutachten des Arztes ausschlaggebend. Oft, nur allzuoft drängt sich bei dem Unterstützung suchenden die Annahme auf, daß sich das Gutachten des Arztes nicht auf dessen wissenschaftliche Erkenntnis, sondern auf andere Umstände stützt und von ihnen beeinflusst wird. Selten aber gelingt es, den Nachweis zu bringen, daß das ärztliche Gutachten von anderen als dem körperlichen Befinden des Begutachteten abhängig ist. Diesen Nachweis zu führen, gelang in einer Klage, die vor dem Landgericht Torgau verhandelt wurde, in welcher der Kreisarzt Dr. Heimbücher in Liebenwerda eine recht eigenartige Rolle spielte.

Die Betriebskrankenkasse des Technischen Vereinsgeschäftes H. Reif in Liebenwerda hat die Einrichtung, daß im allgemeinen Krankengeld nur auf Grund eines vom Massenarzt ausgestellten Krankenscheines gewährt wird. Es wird aber auch dann gewährt, wenn Kranke eine Bescheinigung eines anderen approbierten Arztes auf eigene Rechnung beibringen. Auf Grund eines solchen ärztlichen Attestes, ausgestellt vom Kreisarzt Dr. Heimbücher in Liebenwerda forderte ein bei der Firma beschäftigt gewesener Arbeiter Krankengeld. Er wurde mit der Begründung abgewiesen, daß er in der fraglichen Zeit nicht arbeitsunfähig gewesen sei. Dieser Entscheidung traten auch die Aufsichtsbehörden bei und der Betroffene sah sich genötigt, den Klageweg zu beschreiten, was ihm mit Hilfe seiner Organisation, des Deutschen Holzarbeiterverbandes, auch möglich war. Aber auch das Amtsgericht Liebenwerda und als Berufungsinstanz das Landgericht Torgau wies den Klageanspruch ab. In dem schriftlichen Urteil des Landgerichts befindet sich der folgende der ärztliche Begutachtung charakterisierende Wortlaut:

„Ist die Bescheinigung über die Erwerbsunfähigkeit aber nach der eigenen Erklärung des behandelnden Arztes zu Unrecht von ihm ausgestellt, so ist Erwerbsunfähigkeit nicht nachgewiesen und kann die bloße Bescheinigung dem Kläger keinen Anspruch auf das Krankengeld verschaffen. Aus der Aussage des Dr. Heimbücher ergibt sich nun, daß er die erste Bescheinigung lediglich auf Grund der falschen Angabe des Klägers ausgestellt hat, der Kläger wolle die Bescheinigung zur Erlangung der Unterstützung bei seiner Gewerkschaft verwenden, daher aber die Erwerbsunfähigkeit nicht bescheinigt haben würde, wenn er gewußt hätte, daß der Kläger die Bescheinigung zur Erlangung von Krankengeld bei einer Krankenkasse verwenden wollte.“

Es ist müßig zu untersuchen, ob die Erwerbsunfähigkeit verneint wurde, weil es galt, einer Gewerkschaft die Unterstützungspflicht aufzubrummen oder ob die entgegen gesetzte Meinung zum Ausdruck kam, um die Krankenkasse zu entlasten. Es lassen sich aus dem oben festgestellten Faktum die verschiedenartigsten Schlüsse ziehen. Und daß ein Kreisarzt, also eine durch Amtspflicht dreimal geheiligte Person, die vom Landgericht festgelegte Stellung einnehmen konnte, ist nicht das Nebensächlichste dieser Angelegenheit. Vielleicht nimmt die Ständesorganisation der Ärzte zu dieser Sache Stellung.

Technisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Das Oktoberheft widmet einen erheblichen Teil seines Raumes dem Architekten Otto Winkelmüller, dem ältesten Mitarbeiter des Fachblattes. Den äußeren Anlaß dazu bot das 25jährige Dienstjubiläum Winkelmüllers als Fachlehrer an der hannoverschen Handwerkerlehre, durch die ja auch so mancher unserer Leser gegangen ist. Die Abbildungen zeigen eine bürgerliche Wohnung, die nach Entwürfen Winkelmüllers eingerichtet ist, sowie den Entwurf eines Speisezimmers. Ferner erscheinen im Bilde zwei Zimmereinrichtungen aus der Berliner Herbstmöbelmesse. Fachlehrer Anger erläutert sodann an Hand von Detailzeichnungen die Konstruktion der im Juniheft abgebildeten Drehstühle. Die Abhandlung über Holzbiegerei findet ihren Abschluß durch bildliche Darstellung und Beschreibung der gebräuchlichsten Holzbiegemaschinen. Hugo Gillig-Hamburg beginnt eine Artikelserie über den Antrieb auf Holz als Kollektionsarbeit, die besonders für den Tischler in den kleineren Orten berechnet ist, der im Notfalle selbst einmal zu Nuseil und Farbe greifen muß. Aber auch der großstädtische Holzarbeiter wird diese sachverständige Belehrung über die Voraussetzungen einer guten Holzmalerei mit Nutzen lesen. Für die Modellierkünstler wird diesmal die Anfertigung von Modellen für Kamine und für kannelierte Säulen beschrieben. Außerdem füllen kleinere Notizen das wiederum recht reichhaltige Heft.

Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15. jeden Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Ältere Jahrgänge werden, soweit vorhanden, noch abgegeben.

Dahausmittelungen zum Schul- und Selbstunterricht von C. Lohrer, Architekt und Fachlehrer in St. Gallen. Heft I und II. Verlagsbuchhandlung U. Grunensfelder, Au (Kanton St. Gallen). Preis 3 Mk.

Fällt der vorliegende erörterte Stoff auch mehr in das Arbeitsgebiet des Zimmerers, so werden doch gelegentlich auch Bautischler vor derartige Aufgaben gestellt. Der Verfasser behandelt in seinen beiden Lehrheften die Ausmittelungen sowohl einfacher wie komplizierter Dächer und dürfte damit Interessenten die gewünschte Aufklärung bringen.

Eingefandt.

An die Stadtarbeiter Deutschlands!

Wieder bemüht sich die Firma Benninger in Christiania um deutsche „Leistungsfähige“ Stadtarbeiter, denen sie die größten Versprechungen macht. An deren Innehaltung denkt sie jedoch keineswegs. Herr Benninger scheint nicht zu wissen, daß deutsche Arbeiter auch im Ausland für ihre gute Arbeitskraft auch gute Löhne verlangen.

Auch eine Strohfabrik in Bucheladorf (Oesterreichisch-Schlesien) legt mehr Wert auf gute Arbeiter als auf entsprechend gute Löhne. Die Akkordpreise und die dortigen Arbeitsverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Nach Ansicht dieser Firma ist der Arbeiter kein Mensch mehr, sondern ein bloßes Werkzeug zur Erhöhung ihres Profits. Klagen, die uns aus diesen beiden Betrieben zugehen, haben unterzeichnete Kommission veranlaßt, die deutschen Stadtarbeiter vor Arbeitsannahme bei diesen Firmen zu warnen.

Zentralkommission für die Stadtindustrie. J. A.: Julius Hilbrandt, Neudölln, Selchower Straße 6.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Handbuch der Politik. Mit dem sechsten erschienenen Doppelheft liegt das umfangreiche Werk, durch dessen Herausgabe sich der Verlag von Dr. Walter Mohr & Co. in Berlin und Leipzig ein Verdienst erworben hat, abgeschlossen vor. Aus dem reichen Inhalt der letzten Lieferung nennen wir Abhandlungen über das Schulwesen und die Kunstpflege, mit welchen sich eine Reihe von Einzelkapiteln befassen. Unter der Abtheilung „Grenzland und Kolonien“ finden wir Abhandlungen über die Reform der Verfassung, Maß-Bohringen, über die preussische Polenpolitik, den deutschen Kolonialbestand, die Kolonialverwaltung und Kolonien und Deportation. Der letzte umfangreiche Abschnitt des Wertes ist überschrieben „Die politischen Ziele

der Mächte in der Gegenwart“. Er enthält Kapitel über die Wiedergeburt des Deutschen Reiches, das deutsche Volksthum, Bestand und Mehrung der Kriegsmarine, Deutschlands wirtschaftliche Expansion und überseeische Besitzungen sowie über Schutzpol und Freihandel. In weiteren Kapiteln werden die politischen Ziele der übrigen Großmächte behandelt, und den Schluß macht eine Abhandlung über Frieden und Kriegsbündnisse, die internationale Schiedsgerichtsbarkeit und die Idee des ewigen Friedens.

Das „Handbuch der Politik“ hat sich die Aufgabe gestellt, die politischen und wirtschaftlichen Kräfte unserer Zeit, ihre geschichtlichen Grundlagen und ihre Aufgaben für die Zukunft darzustellen und kritisch zu untersuchen. Nun wo das Werk abgeschlossen vorliegt, muß anerkannt werden, daß diese Aufgabe in glänzender Weise gelöst ist. Der große Stab von Mitarbeitern, unter welchen sich viele Gelehrte von Welt Ruf befinden, hat es den Herausgebern ermöglicht, ein hervorragendes Werk zu schaffen. Unter den vielen Problemen, die im „Handbuch der Politik“ behandelt werden, gibt es eine ganze Anzahl, über welche die Ansichten in den Fachreisen geteilt sind, und manche in dem Werk niedergelegten Gedanken dürften da und dort auf Widerstand stoßen. Das tut aber der Bedeutung des Buches keinen Abbruch. Es ist anzuerkennen, daß sich die Autoren bemüht haben, das auf den respektiven Gegenstand bezügliche Material in möglichst objektiver Weise darzustellen. Dabei ist die Art der Behandlung der Stoffe bei aller Wissenschaftlichkeit doch so populär, daß das Werk auch von Arbeitern mit Nutzen studiert werden kann. Leider ist der Preis, broschiert 86 Mk., in zwei Bänden 40 Mk., so hoch, daß es auf weite Verbreitung in Arbeiterkreisen kaum rechnen kann. Dagegen sollten die Arbeiterbibliotheken nicht veräumen, das „Handbuch der Politik“ anzuschaffen.

Der Kapitalismus im Altertum. Studien über die römische Wirtschaftsgeschichte von Joseph Salbioli, Professor an der Universität Neapel. Nach dem Französischen überfetzt von Karl Kautsky jun. Mit einem Vorwort von Karl Kautsky. Verlag von J. G. B. Dietz Nachf. in Stuttgart. Preis broschiert 2,50 Mk., gebunden 3 Mk.

Kautsky sen., der auch die Korrekturen durchgesehen hat, schreibt im Vorwort über das Buch unter anderem folgendes: „Wohl ist es ein gelehrtes Werk, aber so anschaulich und leichtverständlich geschrieben, daß man durch- aus keiner Fachkenntnis bedarf, um es zu verstehen. In der deutschen Ausgabe ist die Allgemeinverständlichkeit und leichte Lesbarkeit noch erhöht dadurch, daß der gelehrte Apparat aus dem Text entfernt und dem Werk als Anhang beigelegt wurde, wo ihn jene finden, die den Gegenstand weiter verfolgen wollen. Außerdem wurde aller fremdsprachigen Ausdrücke und Zitate im Text, soweit ihre Wiedergabe in der Ursprache notwendig erschien, die deutsche Uebersetzung hinzugefügt.“

Grundfragen der Erziehung. Von Otto Kühle. Verlag von J. G. B. Dietz, Stuttgart. 2. Bändchen der Kleinen Bibliothek. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 Mk. Vereinspreis 60 Pf.

Arbeitslosigkeit im Monat September 1912.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Unterföhlung haben erhalten. It includes data for various regions like Danzig, Stettin, Breslau, etc., and a summary for September 1912.

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen erfolgte ein Bericht nicht: Ruß — Demmin — Biesenthal, Kallherge — Mulda — Gera (Ggzt. Gotha), Martinroda — Milheim (Ruhr), Wetter — Reumark (Oberspfa), Schwandorf — Kirchseeon, Tegernsee — Bretten, Lauterbach, Trossingen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table showing comparison of unemployment figures per 100 members in various months from 1907 to 1912.

Anzeigen.

Anst. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, zuvor bei dem Bevollmächtigten...

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Markt 2...

Frankfurt a. M. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Wertheimstr. 51 I...

Hamburg a. Elbe. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind ersucht, unseren Arbeitsnachweis...

Magdeburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Heidebergstraße 15...

Nürnberg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Regensburg. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind ersucht, unseren Arbeitsnachweis...

Stettin. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Freiheitstr. 18 II...

Wien. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Zürich. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Stade. Die Arbeitsvermittlung erfolgt in der Herberge zur Heimat, abends 7-8 Uhr...

Weimar. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Zürich. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Stade. Die Arbeitsvermittlung erfolgt in der Herberge zur Heimat, abends 7-8 Uhr...

Weimar. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Zürich. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Stade. Die Arbeitsvermittlung erfolgt in der Herberge zur Heimat, abends 7-8 Uhr...

Weimar. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Zürich. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Stade. Die Arbeitsvermittlung erfolgt in der Herberge zur Heimat, abends 7-8 Uhr...

Weimar. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Zürich. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Stade. Die Arbeitsvermittlung erfolgt in der Herberge zur Heimat, abends 7-8 Uhr...

Weimar. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Zürich. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18...

Erfahrene Möbelschreiner finden dauernde Arbeit in den Werkstätten Bernard Stadler Paderborn.

3 tüchtige Drechsler für Fabrik mit Kraftbetrieb per sofort gesucht. Lohn und Akkordarbeiten nach Tarif.

Möbelschreiner auf furnierte Arbeit für sofort gesucht. Dauernde Beschäftigung gesichert.

Tüchtige Tischler auf furnierte Arbeit (Tische) verlangt Möbel-Fabrik Langknecht bei Bad Müllau, Ober-Lausitz.

Suche f. 2 tüchtige Tischler auf bessere Schlafzimmern f. dauernde Beschäftigung. Lohn 45-50 Pf. p. Stb.

Tüchtiger Tischlergeselle auf weiche Möbel gesucht. Albin Daurrott, Tischlerei m. elektr. Betrieb Oberschönewitz, Thüringen.

Für unsere neuerbaute, in allen Teilen modern eingerichtete Stuhlfabrik suchen wir für sofort eine größere Anzahl Stuhl- u. Sesselbauer.

Durchaus selbständiger Arbeiter auf seine gewählte und polierte Gestelle findet dauernde Beschäftigung bei Gebr. Himmelheber, Möbelfabrik Karlstraße 1, W.

2 Stuhlmacher für Sprossenstühle sucht Franz Hubenhofer, Krumm, Elsaß.

Zum sofortigen Eintritt 3 Stuhlbauer gesucht, welche auf bessere Sachen selbständig arbeiten können. Emil Harzer, Obernhau i. S.

Tüchtiger Stockpolierer für dauernde Beschäftigung gesucht. Frankfurter Stockfabrik Carl Beisel & Co., Frankfurt a. M.

Die Austria-Schuhleistenfabrik, Ober-Pöcking (Niederbayern) bei Wien, sucht Grobschleifer, Feinschleifer und Beschläger zum sofortigen Eintritt.

Tüchtige Holzdrechsler auf Massenartikel sofort für dauernde Arbeit gesucht. J. S. Ricker, Meiche, Westf.

Einige Hartgummi-Drechsler finden dauernde Beschäftigung bei Leopold Kostal, Lindenstraße 1, Westf.

Auf Füllfederhalter gelbte Hartgummi-dreher zum sofortigen Eintritt gesucht. Heidelberg Federhalter-Fabrik Koch, Weber & Co., Heidelberg.

1 Drechsler auf Möbelverzierung sucht Sächsische Holzwarenfabrik Hainichen, Sachsen.

Berliner-Ausbohrer, Drechsler, auch für Galalith, stellt sofort ein O. Münch, Strausberg (Berlin).

Zwei tüchtige Schleifer sucht Kammfabrik Heinrich Best Griesheim-Darmstadt.

Kammacher und Schleifer suchen Friedr. Fuchs & Co., Weinheim, Baden.

Ein tüchtiger Bergolddreher für sofort gesucht. W. H. Sand, Weimar, Kurthstr. 7.

Tüchtiger Barockvergoldner auf Leisten, welcher auch das Bronzopolieren in jeder Hinsicht versteht, wird als Vorarbeiter, gegen festes Gehalt, von einer größeren Leistenfabrik Provinz Brandenburg gesucht.

2 Mattarbeiter auf Ballonlöcher (Lohn p. 60 Stk. Ballon 35 Pf.) können sich noch melden. Sollte Stoff und Logis auf Wunsch im Hause (7 MI. wochenlang). Organisierte haben den Vorrang. Gebrüder Haase, Kattowitz (Zawodzie).

Korbmöbel-Arbeiter für seine Gesellarbeit sowie Ausflechten finden gute Stellung bei G. Mayer, Stuttgart, Schulstr. 2.

3 Korbmacher auf Mattarbeit gesucht. Zu ertrag. in Zähringer Dreherhau, Deich 31.

Junger Korbmacher sofort für grün beschlagenes gesucht. Fran A. Seifert, Korbmacherei Wittenberge, Elbe, Neustr. 36.

2-3 Korbmacher auf Grün, Matt und Rund für sofort gesucht. Lohn nach Tarif. Konrad Köhler, Korbmachermeister Salzkotten, Westf.

Suche einer Gesellen auf Tisch- und Reiselöcher. Dauernde Beschäftigung. W. H. Döring, Korbmachermeister Wettin a. d. Saale, Lange Reihe 222.

Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstags in Berlin

ist noch ein geringer Vorrat vorhanden. Wir bitten insbesondere die Vorstandsmitglieder...

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G.m.b.H. Berlin C., Neue Friedrichstr. 2.

Tüchtiger, jüngerer Korbmacher auf Mattarbeit sofort gesucht. Dachmann, Korbmachermstr., Bitterfeld.

Noch einige Gestellarbeiter auf Peditgroßmöbel finden dauernde Beschäftigung bei sofortigem Eintritt.

2 Korbmacher auf Beschlagen, hauptsächlich Reiselöcher (zirka 22 Pf. per Zoll 1") stellt sofort ein D. E. Svenßen, Christiania, Norwegen.

Tüchtiger Korbmacher erhalten dauernde und gute Beschäftigung auf Gestellarbeit, sowohl Holz- wie Weidenmöbeln, bei A. W. Nilsson, Malmö i. Schweden.

Suche 3 Korbmacher auf Roharbeit sofort. Lohn nach Tarif. S. Gilling, Rheine, Westf.

Gestell-Arbeiter, auf Peditmöbel eingearbeitet, gesucht. Berg & Schulz, Glensburg.

6 Korbmacher auf Fischkörbe gesucht. G. Ehlers, Sellstedt, Kreis Geestemünde.

Ein tüchtiger Korbmachergeselle, der in allen Arbeiten gut eingearbeitet ist, auch auf Reparaturen, für Ladengeschäft auf dauernde Stellung bei gutem Lohn zu sofort gesucht.

2 Korbmacher, flotte Mattarbeiter, stellt sofort ein. F. Bachold, Rothenburg a. Ober.

Ein Korbmacher auf Mattarbeit gesucht. Winterarbeit. Otto Poetz, Neu-Edwin, Odenbruch.

Tücht. Bürstenmacher sucht S. Hüpprich, Altleben b. Halle.

Gesucht 2 tüchtige Bohrer. Dauernde Arbeit. Gebr. Corbein, Bürstenhölzerfabr. Tschow, Gr. Wunderberg 21.

Tüchtige Freihandbohrer werden für sofort gesucht. Offert: erbeten an Otto Steinbeis & Consorten Rosenheim.

Tüchtiger Bürstenmacher für Böhren u. Bechen in dauernder Stellung sof. gesucht. Aug. Kraft, Bürstenfabrik Albin, Seberinstr. 108.

Tischlerwerkzeuge, anerkannt, fabrikt und hält auf Lager H. Himmstedt, Hamburg, Nagelsweg 51. Preisl. z. Dienst.

Überall kann man's hören, das Walde, Der praktische Tischler, das beste Lehr-, Lern- und Nachschlagewerk für jeden Tischler ist.

Laubfägerei, Kernschmitt- u. Holzbrand-Werkz., Holz, Vorlagen usw. in groß. Auswahl billigst. J. Brendel, Mutterstadt 98, Platz. Katalog gratis und franko.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule, Erstk. techn. u. kunstgewerbli. Lehranstalt m. Handelskursen. Nürnberg. Grösste und anerkannt beste Privatschule der Branche. - Im 8. Schuljahre erhielten 69 Schüler Stellung umsonst.

SEIT 20 JAHREN Fachschule Detmold an der Spitze der Tischlerfachschulen. DIREKTOR KOLSCHER

Erste deutsche Beiz- und Poliermeister-Schule, Cöthen 3 in Anhalt. Theor. u. prakt. Ausb., Erf. gar. Dauer 4 Wch. ohn. Vorbild., gutbez. Stell., Eintr. tägl., Ausk. kostenl. (a. Meisterprüf.). Kurse f. a. höh. Betriebsbeamte.

Deutschlands einzige mit Handelslehre verbundene Tischlerfachschule Jmenau. Grösster Stellennachweis f. Schüler unserer Anstalt, mit zirka 10000 Möbelfabriken und Tischlereien des In- u. Auslandes. Progr. frei. Dir. Steinf.

Kunstgewerbliche Tischlerakademie, Blankenburg, H.-2. Programm frei. Direktor Reimling.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik, Hamburg 23

Unübertroffen und darum von so grosser Werbekraft sind meine wasser-echten Peha-Matt, meine nach eigenem Verfahren gereinigten Schellackpolituren und meine hochmodernen Holzbeizen, die sich besonders durch ihren Farbenpracht auszeichnen.

- 1 Fl. Peha-Matt, 1 Dose Porenfüllpulv. Mon-Ak (nussb.)
1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt 1 " Marmor-Mono (mahag.)
1 " Patentpolitur zum Reinspolieren 1 " Bimsstein-Pol.-Pulv. (hellnuss)
1 " allerl. Politur-Glanzlack (blond) 1 Tube Inkrustationskitt, blond (zum Auskitten schadhafter Holzstellen)
1 " Kristall-Lack (blond) 1 St.Kork-Schleifklotz (120x75x30mm)
1 " Schleif- und Polieröl (gelblich)

Mein Lehrbuch der Schmuck- und Schutzarbeiten des Holzes (so ist jetzt der Titel der Anleitungen für das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen usw.) ist nunmehr in II. revidierter und illustrierter Auflage erschienen.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Sie erscheint bereits im V. Jahrgang und rasch hat sie in weiten Kreisen grossen literarischen Ruf erlangt!

Die Elementar-Konstruktionen der Tischlerei. In der Konstruktion zeigt sich der Meister der Holzarbeit! Rasch haben sich denn auch diese Zeichnungen mit dem erläuternden Text die Anerkennung erster Fachleute erworben.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G.m.b.H. in Berlin. Druck: F. W. G. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 32.